
Debatten über den Ersten Weltkrieg

PAUL B. KLEISER

Die historiografische wie die literarische Aufarbeitung des Ersten Weltkriegs haben in fast allen kriegsbeteiligten Ländern eine völlig unüberschaubare Menge an Literatur hervorgebracht. Zum 100. Jahrestag, der in diesem Jahr einen prominenten Platz in den Medien einnimmt, sind nochmals hunderte von (Wieder-)Veröffentlichungen hinzugekommen. Allein auf dem Büchertisch der Buchhandlung Hugendubel am Münchner Marienplatz liegen über fünfzig Bücher zum Thema aus. Daher kann hier nur auf einige wichtige Aspekte der Debatten über den Ersten Weltkrieg eingegangen werden; die Auswahl der hier behandelten Werke ist naturgemäß subjektiv.

Eine wichtige Diskussion dreht sich um die Frage, wie es zum Krieg kommen konnte und was ab 1890 erst die Blockade und dann den Zusammenbruch der «europäischen Pentarchie» – des Mächtegleichgewichts, das sich seit dem Ende der Französischen Revolution herausgebildet hatte: Frankreich, Österreich-Ungarn, Großbritannien, Russland und Preußen – bewirkt hat. Der Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und seiner Frau Sophie am Veitstag 1914 in Sarajevo war ja nur der Auslöser, nicht die Ursache des Krieges; die Frage nach der Rolle des Balkans und Serbiens in diesem blutigen Konflikt wurde von der Forschung bezeichnenderweise lange Jahre eher stiefmütterlich behandelt. Immerhin hatte die k. u. k.-Monarchie Bosnien-Herzegowina 1908 anektiert und war (gleich dem schwächer werdenden Osmanischen Reich) ein erklärter Gegner der Unabhängigkeitsbestrebungen der slawischen Völker dieser Region, die wiederum vom orthodoxen Russland unterstützt wurden, das als «drittes Rom» die Nachfolge von Konstantinopel/Istanbul antreten wollte.

Seit 100 Jahren streiten Historiker, Politiker und Publizisten heftig darüber, wer nun an dieser «Urkatastrophe Europas» Schuld habe; bekanntlich erleichterte die durchaus einseitige Schuldzuweisung im Versailler Vertrag den Aufstieg der Nazis. In Artikel 231 stellte jener Vertrag fest: «Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.» Hier handelte es sich zweifellos um die Sicht der Sieger, vor allem Frankreichs.

In Deutschland galt diese Sichtweise als die Lüge der Sieger, denn man hatte ja – so die führenden Politiker und Militärs mit dem Kaiser an der Spitze – einen «gerechten Verteidigungskrieg» geführt; sogar die Weimarer Koalition aus SPD, katholischem Zentrum und der liberalen DDP machte sich diese Vorstellung zu eigen. Schon zu Beginn des Krieges hatte Kaiser Wilhelm II., ganz das Unschuldslamm, deklamiert: «Mitten im Frieden überfällt uns der Feind!» Die Parole wurde tausendfach in der Presse und auf Postkarten im Reich verbreitet. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung war von die-

ser Sichtweise überzeugt, nicht zuletzt weil aus der deutschen Schuld gigantische Reparationsforderungen (32 Mrd. Goldmark) abgeleitet wurden. Viele Historiker arbeiteten an einer «Widerlegung der Kriegsschuldthese» und veröffentlichten ganze Bibliotheken von Dokumenten, auch um Gründe für eine Einstellung der Zahlungen zu finden. Die Kampagne war relativ erfolgreich; sogar der frühere Premierminister Großbritanniens, David Lloyd George, meinte in seinen 1933 veröffentlichten «Kriegsmemoiren», Europa sei in den Krieg «hineingeschlittert», weil die beiden Bündnissysteme (Entente und Dreibund) versagt hätten. Diese Sichtweise wurde von der konservativen Geschichtsschreibung der Adenauer-Zeit, vor allem von Gerhard Ritter und Karl Dietrich Erdmann, aufgenommen und weitergeführt.

Belgien, Luxemburg und Frankreich hatten es jedoch leichter, sich als Angegriffene darzustellen, denn die deutsche Heere hatten ja die Neutralität der beiden erstgenannten Länder verletzt, als sie dem modifizierten «Schlieffen-Plan» entsprechend in einer Art Umfassungsbewegung in den Norden Frankreichs vorstießen. Darin lag ein klarer Bruch des Völkerrechts. Da Großbritannien die Garantiemacht der belgischen Neutralität war, hatte es ebenfalls einen guten Vorwand, in den Krieg einzutreten, um seine damalige Stellung als führende Weltmacht zu verteidigen. Kurze Zeit später verletzte es selbst die Neutralität Chinas, als es die deutsche Kolonie Tsingtau angriff.

Griff nach der Weltmacht

In dem durch den Antikommunismus verstärkten allgemeinen Konsens der Nachkriegszeit, in der es auch zu einer gewissen Glorifizierung des Bismarck-Reichs kam und die klassische deutsche Sicht der Kriegsschuld fortbestand, wirkte *Fritz Fischers* Buch *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszieldpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18* wie eine Bombe. Es entstand der erste deutsche «Historikerstreit». Denn Fischer arbeitete die wesentliche (nicht die alleinige) Verantwortung des Deutschen Reichs für den Ersten Weltkrieg heraus, indem er anhand ausgedehnter Archivstudien die imperialistischen Ziele aufzeigte, die Preußen-Deutschland mit diesem Krieg verfolgte und die sich in den drei Schlagworten «Weltpolitik», «Mitteleuropa» und «Mittelfrika» zusammenfassen lassen. Die zahllosen Polemiken gegen das Buch fallen auf ihre Urheber, für die «Imperialismus» ein Unwort war und ist, zurück. Man kann die Vermutung äußern, dass sie es nicht (gründlich) gelesen haben, denn bis heute handelt es sich um ein quellengesättigtes Standardwerk, das in seinen Grundaussagen absolut gültig bleibt. Die neuen Kritiken sagen weit mehr über die Renationalisierung des (bürgerlichen) Mainstreams der Geschichtsschreibung im Gefolge der deutschen Einheit aus als über ihre Fähigkeit, zu neuen Erkenntnissen zu gelangen.

Fritz Fischer arbeitete präzise heraus, wie sich das Reich vor allem unter Wilhelm II. aufgrund seines industriellen Aufstiegs (Aufschwung der Schwerindustrie, der chemischen und Elektro- sowie der optischen Industrie) zur führenden Kontinentalmacht entwickelte und daher zur «Weltmission» berufen sah; auch wie seine Abhängigkeit von Rohstofflieferungen aus Übersee immer stärker wurde. Und die aufstrebende Industrie brauchte neue Absatzmärkte. Die Privatbanken wurden von international tätigen Großbanken abgelöst, vor allem den vier «D-Banken»: Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft,

Dresdner Bank und Bank für Handel und Industrie = Darmstädter Bank. Sie verflochten sich immer stärker mit der deutschen Großindustrie und investierten mehr und mehr im Ausland.

«Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik wurde im Laufe der ersten Jahre des neuen Jahrhunderts immer enger, und zwar je mehr die politischen Grundanschauungen der führenden Industriellen, Bankiers und Verbandssekretäre mit denen des Bildungsbürgertums, der hohen Bürokratie, sowie der Armee und Marine übereinstimmten. Die «Nationalisierung» der deutschen Unternehmerschicht führte aber leicht zu einer Überhöhung der politischen Krisen.» (Fischer 1961: 27.)

Die deutsche «Weltpolitik» bestand nicht nur in der weltweiten Suche und Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten, sondern auch in diplomatischen und kulturellen Abenteuern und Aktivitäten. Der Kaiser reiste 1898 in den Orient und erklärte sich kurzerhand zum «Schutzherrn» über 300 Millionen Muslime, was Briten und Russen nicht gefallen konnte. Die Ausbildung und Reorganisation der türkischen Armee durch deutsche Offiziere und der Bau der Bagdadbahn konnten durchaus als gegen britische Interessen (in Indien) gerichtet verstanden werden. Die beiden «Marokkokrisen» 1905/06 und 1908/09, in denen es um die Neuaufteilung der afrikanischen Kolonien ging und wo das Reich wider Erwarten seinen Kolonialbesitz nur geringfügig ausdehnen konnte, führten in breiten Kreisen zum Anstieg nationaler Stimmungen: Sie waren bereit, gegen das «treulose Albion» in den Krieg zu ziehen. Der Oberbefehlshaber der Armee, Helmuth von Moltke, schrieb: «Wenn wir uns nicht zu einer energischen Forderung aufraffen können, die wir bereit sind, *mit dem Schwert zu erzwingen*, dann verzweifle ich an der Zukunft des Deutschen Reiches.» (Fischer 1961: 32.)

Ideologisch standen weite Teile des Bildungsbürgertums (nicht nur in Deutschland!) unter dem Einfluss des Sozialdarwinismus. Bernhardis äußerst erfolgreiches Buch *Deutschland und der nächste Krieg* (1912), das häufig als Ideologie eines Alldeutschen abgetan wurde (deren Bedeutung im Reich gerne unterschätzt wird, immerhin zählte der Verband 1,3 Millionen Mitglieder!), fasste im Kapitel «Weltmacht oder Niedergang» die Vorstellungen weiter Kreise des Reichs so zusammen: *Erstens* galt es Frankreich ausschalten, *zweitens* einen «mitteleuropäischen Staatenbund unter deutscher Führung» zu gründen, in dem die Zölle abgeschafft werden sollten (man denkt unwillkürlich an die EWG) und *drittens* Deutschland durch Gewinnung neuer Kolonien («Belgisch»-Kongo, ggf. Angola) zur Weltmacht auszubauen. «Nicht um ein europäisches Staatensystem kann es sich heute handeln, sondern um ein Weltstaatensystem, in dem das Gleichgewicht auf wirklichen Machtfaktoren aufgebaut ist.» Die «Weltmächte» wären dann die USA, Großbritannien, Russland und eben Deutschland gewesen. Weltmacht bedeutete dabei natürlich auch «deutsche Kulturmission» («Am deutschen Wesen...»). Das Septemberprogramm des eher liberalen Reichskanzlers Theobald Bethmann Hollweg unterschied sich in den Kriegszielen nur wenig von Bernhardis Vorstellungen. Auch er wollte Freihandel «von den Pyrenäen bis zur Memel, vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee, vom Mittelmeer bis zur Ostsee»; «wir kämpfen nicht mehr um die Herrschaft auf dem inneren Markte, sondern um die Herrschaft auf dem *Weltmarkte*», meinte der Kanzler. In den «Leitsätzen» zu den Verhandlungen im November 1914 hieß es: «Der wirtschaftspolitische Zusammenschluss Deutschlands und Österreich-Ungarns ist eine politische

Notwendigkeit...» (Fischer 1961: 215). Darüber hinaus sollten Belgien und Polen sowie das Baltikum entweder annektiert oder aber zumindest zu Vasallenstaaten gemacht werden. Frankreich sollte in jedem Fall das Lothringer Erzbecken von Longwy und Briey abtreten.

Für den Kaiser und viele seiner Getreuen kam noch der übliche Rassismus hinzu: Sie gingen wie selbstverständlich davon aus, dass es über kurz oder lang einen europäischen Krieg zwischen «Germanentum und Slawentum» geben würde.

Deutschland 1914

Der Titel des Buches von *Heiner Karuscheit* ist insoweit irreführend, als er vor allem die Klassen und Klassenallianzen im deutschen Kaiserreich 1870–1914 untersucht. Gleichzeitig beschäftigt er sich mit der Strategie der Sozialdemokratie, der er vorwirft, kein klares strategisches Bündniskonzept gehabt zu haben, um einen Sieg des demokratischen Lagers gegen die Reaktion zu erreichen. Daher seien das Zentrum, der rechte und der linke Flügel der Partei immer weiter auseinandergestrebt, ohne dass überzeugende Vorschläge für eine neue «Sammlungspolitik» gekommen wären. Der 4. August 1914 (Zustimmung zu den Kriegskrediten) sei daher nur die Folge dieser strategischen Unklarheiten gewesen.

Ausgangspunkt seiner Argumentation ist die gescheiterte Revolution von 1848/49 und die von Bismarck mit «Blut und Eisen» durchgesetzte Reichseinigung. Karuscheit behandelt zu Recht ausführlich die besondere Rolle der preußischen ostelbischen Junker in Wirtschaft und Staat sowie der mit ihnen verbündeten Schwerindustriellen (Engels sprach ironisch von «Kraut- und Schlotjunkern»). Die von Bismarck in den 1870er Jahren betriebene konservative «Sammlungspolitik» – das Zusammengehen der Konservativen mit den Nationalliberalen, wodurch das liberale Lager gespalten wurde – wurde von der Mehrheit der Bauern und des städtischen Kleinbürgertums unterstützt. Sie fußte auf dem «Schutz der nationalen Arbeit», also auf Agrarzöllen für die Großagrarier, Eisenzöllen für die Schwerindustrie und Beschränkungen der Gewerbefreiheit zugunsten von Kleinhändlern und Handwerkern. Tendenziell wollte das neue Bündnis die Befugnisse des Reichstags schwächen. «Militärpolitisch verteidigte das Bündnis unter Berufung auf das Zustandekommen der Reichseinigung die Stellung der Armee außerhalb der Verfassung und ihre Unabhängigkeit vom Reichstag.» Gegner dieser Politik war das «Lager der Demokratie», bestehend aus Teilen des Zentrums, dem linken Flügel der Liberalen und der Sozialdemokratie.

Nach dem Sturz von Bismarck 1890 verfolgte der neue Kanzler Leo von Caprivi einen neuen, auf Export orientierten Kurs. («Entweder wir exportieren Waren oder wir exportieren Menschen.») Seine Politik ging in zwei Richtungen: Reduzierung der Zölle und Verkürzung der Wehrzeit beim Militär. Die Agrarier antworteten mit der Gründung des Bundes der Landwirte. Nach dem Sturz Caprivis und längeren Auseinandersetzungen konzipierte der neue Kanzler Bernhard von Bülow die «Weltpolitik», gestützt auf den Aufbau einer («bürgerlichen», denn die Führung bestand nicht aus Adeligen) Flotte unter Alfred von Tirpitz; sie wurde als «neue große nationale Aufgabe» gepriesen. Schon 1897 hatte Kaiser Wilhelm II. formuliert, mit zunehmender Bevölkerung könne

Deutschland «kein Agrarstaat» bleiben, sondern müsse die «Entwicklung unserer Industrie, unseres Exports und unseres Handels vorantreiben»; dazu gehöre auch die «Schaffung einer entsprechenden Wehrmacht zur See» (Karuscheit 2014: 131). Ergebnis dieser Politik war der Aufstieg des Reichs «zum wirtschaftlich und politisch mächtigsten Staat des Kontinents und zur halben Hegemonie über Europa» (Karuscheit 2014: 141). Die Bedrohung seiner Hegemonie sei es gewesen, die Großbritannien schließlich ins Bündnis mit Frankreich und Russland trieb, obwohl man dem Zaren eigentlich misstraute. Deutschland wurde mehr und mehr isoliert.

Innenpolitisch stürzte von Bülow über den Steuerstreit, weil es ihm nicht gelang, die traditionelle Steuerbefreiung des Großgrundbesitzes zu beenden, was zum Ende des Bündnisses zwischen Konservativen und Nationalliberalen führte. Außerdem zeigte sich immer deutlicher, dass die Flottenpolitik mit ihrem Ziel, Großbritannien «einzuholen», gescheitert war. Karuscheit erklärt das Jahr 1909 zum «Scheidepunkt in der Geschichte des Kaiserreichs». Bedeutende Teile der Industrie hätten ihre «Herrenstellung» nun ggf. auch mit gewaltsamen Methoden bis hin zum Bürgerkrieg verteidigen wollen. Außerdem habe die Kriegspropaganda, den Krieg zum «reinigenden Gewitter» zu erklären, massiv zugenommen. Die innenpolitische Blockade führte dazu, dass die Regierung Bethmann Hollweg ohne Mehrheit regieren musste, wodurch sie zunehmend in Abhängigkeit von der kriegswilligen «Bürokratie, dem Offizierskorps und den aristokratischen preußisch-deutschen Führungsschichten» geriet.

Karuscheit erklärt den Krieausbruch also aus den inneren Klassenkonflikten des Reiches und dem Vorrang der reaktionären Kräfte. Hinter diesem Erklärungsansatz steckt letztlich die überaus problematische Logik, wirkliche Demokratien würden untereinander keine Kriege führen.

Die Julikrise

Zu den wenigen Historikern, die nicht nur mit Einzelfallstudien glänzen, sondern auch neue Interpretationsansätze der Rahmenbedingungen liefern, zählt die in Großbritannien lehrende *Annika Mombauer*. Sie versucht u. a. zu klären, warum in der Julikrise 1914 das Krisenmanagement der europäischen Pentarchie – im Gegensatz zu vielen anderen Krisen vorher – nicht mehr funktionierte.

Die Diplomatie hatte sich nach den Zwängen der beiden Bündnisssysteme zu richten, die in Europa nach und nach entstanden waren, doch damit war keine Automatik verbunden, wie der Fall Italiens zeigte, das eigentlich zum Dreibund gehörte. Es hatte 1902 auch ein Abkommen mit Frankreich geschlossen und hielt sich 1914 zunächst aus dem Krieg heraus. Kriege wurden bis 1914 in den Randgebieten geführt, zwischen Russland und Japan 1904/05 oder auf dem Balkan ab 1912/13. Noch 1913 wurden die Österreicher vom Deutschen Reich abgehalten, sich gegen die Serben auf dem Balkan militärisch zu engagieren. Und auch Russland hielt die Serben, die in den Balkankriegen ihr Territorium stark vergrößert hatten, mehrfach vor einer weiteren Eskalation zurück. Allerdings sah es sich durch die guten Beziehungen Deutschlands zum Osmanischen Reich bedroht.

Entscheidend für das Versagen der Diplomatie war ohne jeden Zweifel die Lage im Deutschen Reich, wo das Militär – zumeist mit Unterstützung des Kaisers – immer das

letzte Wort behielt. Da man mit einem Zweifrontenkrieg rechnete, kam es darauf an, Frankreich binnen weniger Wochen niederzuwerfen, bevor die Mobilisierung der russischen Truppen, die aufgrund der Größe des Landes einige Wochen Zeit erforderte, zum Abschluss gebracht werden konnte. Die deutschen Militärs bestanden darauf, dass sie im Kriegsfall – unabhängig vom Kriegsgrund und den internationalen Reaktionen – durch Belgien (und evtl. auch die Niederlande) marschieren mussten, um die Franzosen schnell schlagen zu können. Schon vor dem Krieg wurden die Pläne für einen Krieg allein gegen Russland aufgegeben, weil die Logik des Zweifrontenkriegs im Reich dominant wurde. Verhandlungen mit dem belgischen König, die deutschen Truppen ggf. ohne Gegenwehr durchs Land ziehen zu lassen, scheiterten schon im Ansatz.

Doch auch in der Entente gab es erhebliche Spannungen, da Großbritannien Russland misstraute, erstens weil es schon häufiger mit Deutschland (z. B. gegen Napoleon) zusammengearbeitet hatte und zweitens weil man im Erstarken des russischen Militärs eine Bedrohung des indischen Großraums (Afghanistan) ansah. Trotzdem wurden Geheimverhandlungen über eine intensivere militärische Kooperation geführt, von denen das Reich aber durch eine undichte Stelle wusste. Im Frühjahr 1914 meinte der italienische Stabschef Alberto Pollio angesichts der Einkreisung durch die Entente: «Warum beginnen wir nicht jetzt diesen unvermeidlichen Krieg?» In Wien hatte der dortige Stabschef Conrad von Hötzendorf des öfteren einen Krieg gegen die Serben gefordert, um den «Störenfried» auf dem Balkan endlich loszuwerden und vor allem um zu zeigen, dass Österreich-Ungarn nach wie vor eine Großmacht war. Fragen des Prestiges und der Großmachtgeltung bestimmten das Handeln der Akteure in der Julikrise mit. Annika Mombauer fasst die Lage im Sommer 1914 wie folgt zusammen: «Stimmen, die einen Krieg voraussahen oder ihn sogar forderten, übertönten alle anderen und lassen im Rückblick den Krieg vom Sommer 1914 in der Tat so gut wie unvermeidlich erscheinen.» (Mombauer 2014: 23.) Am wenigsten lag zu diesem Zeitpunkt Großbritannien an einem Krieg, da die dortige Politik mit der irischen Krise und den Kämpfen und Mobilisierungen der Arbeiter- und Frauenbewegung beschäftigt war. Außerdem war dort ein Krieg bei der Bevölkerung zunächst gänzlich unpopulär.

Die Trauer über den Tod von Franz Ferdinand hielt sich fast überall durchaus in Grenzen. Nur Wilhelm II. sah im Tod seines Freundes einen «Verlust für das *germanische Element* im österreichischen Staate». In Österreich selbst bereitete man dem Kronprinzen wegen seiner kritischen Äußerungen über Ungarn und Italiener und seiner «Slawophilie» ein «Begräbnis dritter Klasse». Die österreichischen Militärs drängten auf einen Krieg gegen Serbien, doch der deutsche Botschafter Tschirschky wollte sie davon abbringen, weshalb er sich einen Rüffel des Kaisers einhandelte: «Mit den Serben muss aufgeräumt werden, und zwar bald.» (Mombauer 2014: 37f.) Außerdem glaubte man in Berlin, Österreich-Ungarn sei als Großmacht am Ende, wenn es den Konflikt nicht dazu nutze, Serbien in den Senkel zu stellen. Das wurde in Wien in maßgeblichen Kreisen genauso gesehen, doch die deutsche Haltung (der berühmte «Blankoscheck») war für die Entscheidung Wiens ausschlaggebend: Deutschland würde auch an Wiens Seite stehen, wenn es zu einem Krieg mit Russland kommen sollte. Mombauer spricht von dieser Entscheidung als einem «Schlüsselmoment der Julikrise» (Mombauer 2014: 43). Deutschland wollte bewusst das Risiko eines Krieges eingehen, weil Russland militärisch noch

nicht voll aufgerüstet hatte und weil man – sofern der Zar oder Frankreich sich zurückhielten – die Entente damit gesprengt hätte. Hinzu kam, dass die Julikrise von Berlin und Wien bewusst geheim gehalten wurde, um die anderen Großmächte an einem diplomatischen Eingreifen zu hindern; sogar der Bündnispartner Italien wurde nicht eingeweiht, weil man in Wien nicht sicher war, dass «sie das Maul halten» (Mombauer 2014: 48).

Wien und Berlin kamen überein, ein Ultimatum nach Belgrad zu schicken, das Serbien ohne völligen Gesichtsverlust nicht annehmen konnte. St. Petersburg riet den Serben trotzdem, alle Punkte anzunehmen, die mit der Souveränität des Landes gerade noch vereinbar waren. Als Österreichs Note und Ultimatum in anderen Hauptstädten, vor allem in London, bekannt wurde, drängte man auf Verlängerung der Frist und Verhandlungen. Doch dies wurde von Wien und Berlin hintertrieben; Wilhelm II. meinte, «in vitalen Fragen konsultiert man andere nicht!» Man mahnte Wien sogar, den Ausbruch des Krieges nicht zu lange hinauszuzögern. Allerdings wollte man weder in Wien noch Berlin einen Weltkrieg vom Zaun brechen.

Der Große Krieg

Das neue Buch des Berliner Politologen *Herfried Münkler* versucht eine Synthese sowohl des Kriegsgeschehens wie vor allem der fast unüberschaubaren wissenschaftlichen Debatte zu den vielfältigen Fragestellungen über Kriegsbeginn, Schuldfrage, die jeweiligen Interessen und die Folgen nach 1918. Dabei beeindruckt seine Kenntnis besonders der amerikanischen, britischen und französischen Literatur sowie der politischen Kultur der jeweiligen Länder. Das Neue seiner Arbeit liegt in der Betonung der «weichen», kulturellen Faktoren, zu denen er (besonders in Kapitel 3) eine Reihe interessanter Erkenntnisse liefert.

Als guter Sozialdemokrat spielt er den 4. August herunter und unterschätzt die wirtschaftlichen und sozialen Konflikte in und zwischen den kriegführenden Ländern. Er kann daher letztlich nicht erklären, warum der Kampf so lange mit solcher Brutalität geführt wurde. Er spricht von einer Konkurrenz zwischen einer «agonalen und einer kooperativen Sicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen». Zu erklären wäre jedoch, warum sich erstere durchgesetzt hat; für ihn spielt hier der Zufall (Kontingenz) eine große Rolle. Sein Verweis auf die Bedeutung sozialdarwinistischer Deutungsmuster oder die Vorstellung vom Krieg als Kampf «gegen den geistlosen Materialismus» ist zwar richtig, doch angesichts des Wahnsinns des Stellungskriegs und des massenhaften «Nieder-mähens» tausender Soldaten durch MG-Feuer wenig lebenspraktisch.

Zutreffend ist seine These, es sei zu kurz gesprungen, im deutschen Militarismus den wesentlichen Grund für den Ausbruch des Krieges zu sehen: Ein Vergleich der Rüstungsausgaben zeige, dass das Deutsche Reich im Schnitt keine höheren Ausgaben tätigte als seine Konkurrenten. Der preußisch-deutsche Militarismus habe vor allem «die innere Struktur des Reichs» und die inneren sozialen Kämpfe mitbestimmt, weniger jedoch die Außenpolitik. Auch gab es keine konkreten Plänen zum Umbau der Wirtschaft für Kriegszwecke. Das aus «Pickelhaube und Schnurrbart» resultierende «militaristische Image» der Deutschen sei allerdings einer der Gründe gewesen, weshalb sie «den Krieg der Bilder und Worte», also die Propagandaschlacht, schon früh verloren hätten.

Aber auch Münkler muss zugestehen, dass der um das Jahr 1905 herum entworfene Schlieffenplan, der davon ausging, man müsse Frankreich binnen weniger Wochen niederwerfen und dazu die Neutralität Belgiens missachten, bevor Russland in der Lage wäre, seine Truppen zu mobilisieren, eine klare Logik des Präventivkriegs beinhaltet. Außerdem bedeutete dieser «eigentliche Militarismus des Deutschen Reiches», dass letztlich der Generalstab und nicht die Regierung entschied, welche politischen Optionen zur Verfügung stünden. Die «Präzision des Aufmarschplans» habe der Politik «jeden Handlungsspielraum genommen». Daraus ergab sich der immer wieder kritisierte «Fatalismus» des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, der zeitweilig erfolgreich an einer Verbesserung der Beziehungen zu England gearbeitet hatte. Doch in Deutschland wurden «politische Herausforderungen» in eine «bürokratisch zu bearbeitende Agenda verwandelt und der Rest einer politisch unkontrollierten Willkür» überlassen. Im Hinblick auf den Schlieffenplan ist dies sicher insoweit zutreffend, als man naiverweise annahm, Großbritannien würde die Verletzung der belgischen Neutralität ohne Kriegserklärung hinnehmen. Doch sie lieferte der britischen Regierung genau jene Rechtfertigung, die sie zur Überzeugung einer zuvor mehrheitlich gegen den Krieg eingestellten Bevölkerung benötigte.

Der Vorrang des Militärs in Preußen beflügelte auch die Vorstellung, der Krieg werde heftig, aber kurz sein und höchstens bis Weihnachten dauern. Deshalb traf man keine wirtschaftlichen noch militärischen Vorbereitungen für einen langen Krieg. Die riesigen Kriegskosten von 155 Mrd. Mark mussten vor allem durch Kredite aufgebracht werden, nur 9 Mrd. stammten aus Steuereinnahmen. Bis 1918 gab es insgesamt neun Kriegsanleihen, deren Kauf zur «patriotischen Pflicht» erklärt wurde und insgesamt 95 Mrd. Mark einbrachten (Neitzel 2008: 118f.). Außerdem wurde die Lage bei den Rohstoffen immer prekärer, sodass unter Leitung des AEG-Chefs Walther Rathenau im Kriegsministerium eine «Kriegsrohstoffabteilung» eingerichtet wurde. Zur Herstellung von Munition hatte man bis 1914 vor allem Salpeter aus Chile eingeführt, was nach Kriegsbeginn von der britischen Flotte unterbunden wurde. Ohne das von Fritz Haber und Carl Bosch entwickelte Verfahren der Stickstoffgewinnung aus der Luft wäre dem Reich nach wenigen Monaten die Munition ausgegangen.

Anfang der 1960er Jahre hatte Fritz Fischer die konservativen Behauptungen eines «Hineinschlitterns» in den Krieg anhand der Quellen systematisch widerlegt und die Behauptung aufgestellt, «der Griff nach der Weltmacht» des Deutschen Reiches sei der letztlich ausschlaggebende Kriegsgrund gewesen. In seinem Buch *Die Schlafwandler* hat Christopher Clark die Behauptung – die auf den britischen liberalen Politiker David George zurückgeht –, keine der kriegführenden Regierungen habe den Krieg wirklich gewollt, zur Freude der (Neo-)Konservativen aller Schattierungen wieder aufgegriffen. Münklers Thesen bewegen sich irgendwo zwischen diesen beiden Positionen: Einerseits kritisiert er Fischer, dieser habe nicht die Archive in Paris, London oder Moskau aufgesucht, denn dort hätte er zahlreiche Belege für den Kriegswillen und die Kriegsvorbereitungen Großbritanniens, Frankreichs oder Russlands gefunden. (Hier rennt Münkler offene Türen ein, denn Fischer hatte im Deutschen Reich nur den Haupt-, nicht den Alleinverantwortlichen für den Krieg gesehen! Außerdem kann man die heutigen Forschungsmöglichkeiten nicht mit denen der Nachkriegszeit vergleichen.) Andererseits führt er an, Rus-

sland habe angesichts des fortschreitenden Zerfalls des Osmanischen Reichs «die Kontrolle über den Bosphorus und damit den ungehinderten Zugang zum Mittelmeer» im Auge gehabt, Österreich-Ungarn habe gegen die «serbische Herausforderung» und für die Kontrolle des Balkans kämpfen wollen, Frankreich sich Elsaß-Lothringen zurückholen wollen, und die Briten hätten die belgische Neutralität verteidigt. Doch im Grunde sei es den Briten darum gegangen, «die imperiale Rolle zu behaupten», die Großbritannien zu Beginn des 19. Jahrhunderts erkämpft hatte und die nun gegen den «vermeintlichen (?) preußischen Militarismus» verteidigt werden musste. Münkler spricht von den «langen und den kurzen Wegen» in den Krieg. Fast scheint es, als wolle Münkler andeuten, Großbritannien hätte den Krieg verhindern können, wenn es nur seine Rolle als europäischer Hegemon besser ausgefüllt hätte – so wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg.

Hingegen hätten «die Deutschen» keine «überzeugenden Ziele» gehabt, «für die es sich zu kämpfen lohnte». (Wer hatte hier die Definitionsmacht?) Diese Schwäche habe zu einer umfänglichen Kriegszieldebatte geführt, die nur dem Kriegsverlauf gefolgt sei und keine in sich stimmigen Konzepte hervorgebracht habe. Münkler unterschätzt die imperialistischen Bestrebungen zur Erkämpfung des berüchtigten «Platzes an der Sonne», die wegen des Aufstiegs Deutschlands zur führenden kontinentalen Industriemacht nach der Entlassung Bismarcks 1890 immer stärker auf eine Neuaufteilung der kolonialen Welt (Eroberung der portugiesischen und belgischen Kolonien) und auf die Gewinnung neuer Absatzmärkte für deutsche Produkte ausgerichtet waren. Außerdem sollte Belgien zum Vasallenstaat umgebaut und seine Häfen unter deutsche Kontrolle gebracht werden.

Fischer hat aufgezeigt, dass durch alle während des Krieges erfolgten Modifikationen im einzelnen hindurch diese Pläne in ihren Grundzügen bis zum Schluss Bestand hatten. Dadurch geriet das Deutsche Reich fast automatisch in Konkurrenz zu den britischen Interessen. Die zahllosen Verrenkungen deutscher Geistesgrößen (z. B. Werner Sombart) mit ihren Beschimpfungen der britischen «Krämerseele» und ihres «hemmungslosen Utilitarismus» und ihrer Verklärung der idealistischen «deutschen Kultur» und des deutschen «Heroismus» wurden nach Beginn des Krieges auf die Spitze getrieben. Max Weber meinte, Deutschland mit seiner Kultur könne bei einer Aufteilung der Welt unter «russische Bürokraten, angelsächsische Geschäftsleute und französische Rentiers» doch nicht zuschauen; es müsse seine Großmachtstellung in der Mitte Europas erhalten und ausbauen. All diese «Ideen von 1914» stellten Formen der Selbsterhöhung dar in einem unter dem Druck des brutalen Strukturwandels der Wirtschaft angsterfüllten, ruhelosen und aggressiven Land. Sie legten sich wie ein Schleier um die nackten Wirtschaftsinteressen und waren teilweise mit absurden Heroisierungen der Soldaten und einer unerträglichen Verklärung der Opfer verbunden. (Ein Vergleich mit dem ebenfalls «zu kurz gekommenen» Japan und seiner Entwicklung bis zur Besetzung der Mandchurei 1931 hätte Münkler hinsichtlich der materiellen Interessen des Deutschen Reiches eines Besseren belehren können.)

Für einen Präventivkrieg gegen Frankreich und Russland im Sommer 1914 mussten zwei Bedingungen erfüllt sein: *Erstens* musste Österreich-Ungarn an der Seite des Deutschen Reichs stehen, was durch die Tat von Sarajevo auch der Fall war, und seine Truppen über Galizien in Richtung Russland marschieren lassen, weil sonst der Schlieffenplan mit seiner Konzentration der Hauptkräfte im Westen nicht hätte funktionieren können.

Zweitens musste Russland zuerst mobilisieren und den Krieg erklären, damit die *innere Geschlossenheit* des Reichs, die «Burgfriedenspolitik» hergestellt werden konnte. Auch dies war durch den Beistand für die serbischen «slawischen Brüder» gegeben. Denn nur im Falle eines Angriffes Russlands gegen das Reich war die sozialdemokratische Führung bereit, von einem «Verteidigungskrieg» Deutschlands gegen den Zaren als dem «Schutzherrn der politischen Reaktion in Europa» auszugehen und der Logik von Kaiser Willy Zwo: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche», zu folgen. Andernfalls bestand die Gefahr, dass die Arbeiterbewegung durch Massenstreiks die Industrieproduktion des Reichs lähmte und es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam, wie es zu Ende des Weltkriegs ja auch tatsächlich geschah. Es war also für den Kriegsbeginn eine Art «doppelter Blankoscheck» nötig: Nicht nur der des Deutschen Reichs für Österreich-Ungarn, sondern auch der Russlands für Serbien und Frankreich.

Der Untergang des alten Europa

Das Buch des US-amerikanischen Historikers *Adam Hochschild* ist aus zumindest drei Gründen von Interesse: Erstens befasst es sich vor allem mit Großbritannien und den Kriegserfahrungen der Briten, die hierzulande wenig bekannt sind, zweitens bettet es die Kriegsgeschichte in die Familiengeschichte der führenden Akteure (und Akteurinnen) ein, und drittens behandelt es ausführlich die Bewegungen der Kriegsgegner (die Arbeiter- und die Frauenbewegung). Dadurch ergibt sich eine gut lesbare, lebendige, romanhafte Darstellung.

Der Aufstieg der wichtigsten Protagonisten in führende militärische Positionen war zumeist über die britischen Kolonialkriege in Indien und Afrika erfolgt; wegen der überlegenen Waffen und Strategie waren sie leicht zu gewinnen gewesen. Der Schriftsteller Rudyard Kipling, ein glühender Verehrer des britischen Imperialismus und Rassist, dessen Werk «über alle Klassengrenzen hinweg gleichermaßen beliebt und einflussreich war» (Hochschild 2013: 46), prägte damals den Ausdruck von der «Bürde des weißen Mannes». In den katholischen Iren sah er im übrigen die «Orientalen des Westens» und kaufte für viel Geld Waffen für die Protestanten. Ostern 1916 sollte es in Irland zum bewaffneten Aufstand gegen London kommen.

Der Krieg gegen die Buren zu Beginn des Jahrhunderts, in dem sich die Briten die Goldminen unter den Nagel rissen, war für Großbritannien in mehrfacher Hinsicht ein Lehrstück: Er wurde auch gegen die burische Zivilbevölkerung geführt, die man zu tausenden umsiedelte und sogar in KZs sperrte; der Offizier und spätere Kriegsminister Lord Horatio Kitchener setzte dort seinen «Kindergarten», also junge, karrieresüchtige Offiziere ein, die neue Ideen der Kriegführung entwickelten. Und die führende Frauenrechtlerin und Sozialistin Emily Hobhouse (1860–1926) reiste ungeachtet aller Schikanen mehrfach nach Südafrika, um den KZ-Insassen zu helfen und zu Hause die unmenschlichen Bedingungen in der britischen Kolonie anzuprangern. Nach dem Krieg stellte man fest, dass in den KZs 27 927 Buren – zumeist Frauen und Kinder – durch Hunger und Seuchen umgekommen waren (Hochschild 2013: 61).

Trotz der Brutalität des Burenkriegs war jedoch keine der am Ersten Weltkrieg beteiligten Nationen auf das grauenhafte Ausmaß der Verluste gefasst, die dieser bringen wür-

de (Hochschild 2013: 155). Allein im ersten Kriegsmonat wurden an der Westfront 300000 Soldaten getötet oder verwundet. Interessant ist Hochschilds These, der Erste Weltkrieg sei, ganz im Gegensatz zu früheren Kriegen, «ungeheuer tödlich für die herrschenden Klassen» gewesen (Hochschild 2013: 11). Dies auch deswegen, weil der «angestammte Platz» der Herrschenden bislang der Pferderücken war, sie also zumeist in der *Kavallerie* dienten, die im Krieg gegen die Buren in Südafrika einige Siege erringen konnte, aber natürlich gegen Stacheldrahtverhaue («die beste Waffe der Deutschen») und Maschinengewehrnester nicht den Hauch einer Chance besaß. Es «genügte zwei deutsche Maschinengewehre, um 1000 britische Soldaten zu töten» (Hochschild 2013: 189). Bei Mons steckten die Briten am 23. August eine schwere Niederlage gegen die vorrückenden Deutschen ein, denen ein Gutteil des Nachschubs in die Hände fiel. Etwas später verschärfte sich das Morden durch den Einsatz von Flammenwerfern und Giftgasen.

Zu den Herrschenden gehörte auch der britische Oberbefehlshaber John French, der im Sudan und in Südafrika gedient hatte. Er hatte eine Schwester, Charlotte Despard, eine führende Frauenrechtlerin, die sich außer dem Kampf für Frauenrechte auch für Arme und die Rechte der Iren einsetzte und mit Marx' Tochter Eleanor befreundet war. Sie wurde später sogar Gründungsmitglied von Sinn Féin und Mitglied der KP Großbritanniens. Obwohl die beiden Geschwister politisch auf verschiedenen Seiten der Barrikade standen, blieb ihre persönliche Bindung ungetrübt. Denn French sei nicht wirklich verantwortlich für den «niederträchtigen Krieg dieser kapitalistischen Regierung». Häufig half die Schwester ihrem prunksüchtigen Bruder in Geldangelegenheiten aus der Patsche.

Frenchs ungleicher Partner war der aus Schottland stammende Sir Douglas Haig, der sich «nicht für Kriege schämte, die geführt wurden, um für unsere Kaufleute die Weltmärkte zu öffnen» (Hochschild 2013: 38f.). Als Frenchs Strategie an der Westfront scheiterte, wurde er Anfang 1915 durch den «Modernisierer» Haig, den «alten Freund aus indischen Tagen» ersetzt.

Der Krieg führte im Inland zu nationalistischen Aufwallungen und zu Hasstiraden auf die Feinde, auch auf die Kriegsgegner im eigenen Land. «Tötet die Deutschen! Tötet sie!», wettete ein Geistlicher 1915 in seiner Predigt. «Nicht um des Tötens willen, sondern um die Welt zu retten ... Tötet die Guten wie die Schlechten ... Tötet die Jungen wie die Alten ... Für mich ist es ein Krieg um der Reinheit willen, für mich ist jeder, der in ihm fällt, ein Märtyrer.» Der so sprach, war Arthur Winnington-Ingram, der anglikanische Bischof von London.» (Hochschild 2013: 203.)

Am Kampf gegen den Krieg beteiligten sich neben Intellektuellen vor allem die Organisationen der Arbeiterbewegung. Die 1893 gegründete Independent Labour Party (ILP) wurde von dem früheren Sekretär der schottischen Bergleute, Keir Hardie, geführt. Er wurde von der Tochter der führenden Frauenrechtlerin Emmeline Pankhurst, Sylvia Pankhurst, unterstützt; ihre Mutter hatte sich auf die Seite der Kriegsbefürworter geschlagen. Hardie und Pankhurst, die insgeheim auch privat liiert waren, traten bei Antikriegskundgebungen häufig zusammen auf. Unter den intellektuellen Kriegsgegnern ragte der Mathematikprofessor in Cambridge, Bertrand Russell, heraus, der für sein Engagement sogar eine sechsmonatige Gefängnisstrafe absitzen musste und dort «das bestialische Triumphgeschrei» der Straße hörte.

Die Klassengesellschaft im Krieg

Der Sozialhistoriker *Jürgen Kocka* hat in mehreren Veröffentlichungen die Klassengegensätze im Deutschen Reich und deren Entwicklung während des Krieges untersucht.

Vor dem Krieg waren die Reallöhne langsam, aber zumeist stetig gestiegen. Im Krieg fielen sie – vor allem aufgrund der starken Teuerung – um mindestens ein Drittel, wobei die Löhne der Frauen weniger stark sanken als die der Männer. Außerdem sorgten die weit höheren Löhne in der vom Staat alimentierten und keiner Konkurrenz ausgesetzten Rüstungsindustrie im Vergleich zu anderen Industrien, vor allem der Nahrungsmittelindustrie, zu einer gesteigerten Mobilität in diese Richtung. Die massivsten Auswirkungen hatte der Krieg auf die Angestellten, die sich bis dahin als zum Mittelstand gehörige «Privatbeamte» betrachteten und einen bestimmten Standesdünkel pflegten, weil sie weit mehr verdienten als die Arbeiter. Durch den Krieg erlebten sie einen sozialen Abstieg, ja eine starke Verproletarisierungstendenz. Die eher linken Angestelltenorganisationen hatten massiven Zulauf – eine Tendenz, die sich erst in der Weltwirtschaftskrise wieder umkehren sollte, als immer mehr Angestellte zu den Nazis überliefen. Diese Entwicklung erfolgte trotz der tiefen Krise der Arbeiterbewegung: Die dem «Burgfrieden» verpflichtete SPD verlor zwischen 1914 und 1917 drei Viertel ihrer Mitglieder, die Gewerkschaften etwa die Hälfte. Mit über 100 000 Mitgliedern konnte die USPD nur einen Teil der Abgewanderten auffangen.

Der Krieg veränderte das Verhältnis zwischen der staatlichen Bürokratie und den Interessengruppen, vor allem den Gewerkschaften. Aus Verbänden, die primär die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Unternehmern vertraten, «wurden Organisationen, die diese Funktion zwar nicht aufgaben, sondern in kriegsangepasster Form weiterführten, die aber zugleich und zunehmend *Instrumente des Staats zur Organisation ihrer Mitglieder* wurden» (Kocka 1978: 125). Trotzki sprach einmal von der «Verstaatlichung der Gewerkschaften». Diese Doppelrolle bewirkte eine deutliche Entfremdung der Gewerkschaftsführung von den Arbeitermassen. Hierin liegt einer der Gründe für die Revolution 1918/19.

Die ab 1916 immer offensichtlichere Versorgungskrise führte zu zunehmenden Spannungen zwischen Stadt und Land: «Die Gegensätze zwischen Stadt und Land verschärfen sich bedauerlicherweise immer mehr. Die gesamte städtische Bevölkerung, ohne Unterschied des Besitzes, schaut mit Neid auf die ländlichen Verhältnisse, wo offensichtlich die Lebensmittel, die der Städter besonders schmerzlich vermisst, Butter, Milch, Eier, Schweinefleisch, noch in vielleicht oft übertrieben dargestellten Mengen vorhanden sind und die Lebenshaltung gegenüber dem Frieden sich nur wenig geändert haben soll. Es werden vielfach Versuche gemacht, das Verständnis für die Not der städtischen Industriebevölkerung den landwirtschaftlichen Kreisen beizubringen.» (Kocka 1978: 102.) Der Staat antwortete mit Preis- und Produktionskontrollen, die jedoch häufig unwirksam blieben. Sie konnten den sich ausbreitenden Schwarzmarkt nicht eindämmen. Diese Entwicklung führte zu einer zunehmenden Kritik von rechts und links an der (Unfähigkeit der) staatlichen Bürokratie. «Wenig Nöte gab es, die nicht der Verwaltung zur Last gelegt wurden. Die landwirtschaftlichen Produzenten tadelten die Behörden für zu weitgehende und ungeschickte Eingriffe, für zu niedrige Höchstpreise und zu viele Beschlagnah-

men, für die schnell wechselnden Ablieferungsbedingungen und die Fütter- und Schlachtverbote ... Eine schwere Schädigung der Staatsautorität auf dem Lande ist die unausbleibliche Folge.» (Kocka 1978: 132.)

Während sich Jürgen Kocka für die inneren Veränderungen der Klassengesellschaft des Reiches und die zunehmende Polarisierung zwischen «Unten und Oben» interessierte, untersucht *Nicolas Mariot* die Folgen der französischen Klassengesellschaft in den Schützengräben selbst. Dazu analysiert er die Schriften von 42 zumeist bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Intellektuellen, die in der Armee zu dienen hatten; die meisten von ihnen im Rang eines Offiziers. Einige wurden aber auch zu Bürotätigkeiten verpflichtet. Bereits das Titelbild des Buches ist aussagekräftig: Ein einfacher Soldat putzt einem die Zeitung lesenden Offizier die Stiefel.

Im Unterschied zu Deutschland und auch zu Großbritannien verstand sich Frankreich seit der Niederschlagung der Pariser Kommune als demokratische Republik, in der eigentlich nicht die Herkunft, sondern die Leistung zählen sollte (Meritokratie). Die Republik habe – so die Ideologie – die «Klassen des einfachen Volkes» (*les classes populaires*) durch das Wahlrecht, die Schule und die Armee in die Nation integriert. Mariot staunt deshalb über «das Ausmaß der Distanz zwischen den höheren und den Klassen des einfachen Volkes» (Mariot 2013: 375), da ja häufig behauptet worden sei, gerade in den und durch die Schützengräben hätte es einen relativen Abbau der sozialen Unterschiede gegeben. So heißt es in einem Buch von Annette Becker u. a.: «Soldaten, die im zivilen Leben aufgrund der Klassenschranken kaum ein Wort gewechselt hätten, sind in den Schützengräben zu verschwisterten Seelen geworden.» (Mariot 2013: 376.)

Laut Edmond Goblot definierte man vor dem Ersten Weltkrieg die Bourgeoisie in Frankreich wie folgt: Der Haushalt verfügt über mindestens einen Domestiken, möglichst aber eine ganze Dienerschar, darunter häufig britische oder deutsche Au-pair-Mädchen; die Frau des Hauses ist nicht berufstätig; der Ehemann hat mehrere Zeitungen und Zeitschriften abonniert; es gibt Freizeit und die Familie fährt in Urlaub; sie investiert in die Ausbildung der Kinder, besonders der Buben, wenn das Geld reicht, auch der Mädchen. Die Buben sollen möglichst Abitur machen.» (Mariot 2013: 42.) Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die meisten französischen Offiziere aus der Bourgeoisie kamen und einfache Männer, trotz ihrer Tapferkeit, höchst selten in diese Ränge aufsteigen konnten. Die Zahl der französischen Offiziere lag bei etwa 55 000 – um die Hälfte weniger als in Deutschland (Mariot 2013: 67). Der Aufstieg beim Militär folgte den gleichen Pfaden wie der in der Gesellschaft! Die Offiziere hatten ihre Betten und Bediensteten zur Verfügung, jeden Morgen erhielten sie Wasser und Seife für die Toilette; die Diener hatten das Essen zuzubereiten, das Gepäck zu befördern und ggf. für Tinte und Schreibpapier zu sorgen. Die einfachen Soldaten aber schliefen auf Stroh oder lagen in den Schützengräben (Mariot 2013: 80). Auch die Verpflegung war sehr verschieden, denn die Bürgersöhne sollten auf möglichst wenig Annehmlichkeiten verzichten. Sie empfingen häufig Pakete aus der Heimat, damit es ihnen bei Essen und Kleidung an nichts mangle. Und selbstredend beteiligten sich Offiziere nicht am schweißtreibenden Bau der Schützengräben, die sich im Norden Frankreichs über hunderte von Kilometern hinzogen. Der aus einfachen Verhältnissen stammende große Historiker und Begründer

der *Annales*-Schule, Marc Bloch, sprach, als er Unteroffizier wurde, vom «Eintritt in eine neue Klasse», der «Kleinbourgeoisie der Armee».

Umgekehrt lag die Zahl der Gefallenen bei den schlecht französisch sprechenden Soldaten aus dem Süden und der Bretagne und denen aus den Kolonien besonders hoch; sie wurden häufig als Kanonenfutter missbraucht. Obwohl das Gesetz von 1889 eine dreijährige allgemeine Dienstzeit vorsah, kam es höchst selten vor, dass junge Männer aus bürgerlichem Hause (wenn überhaupt) so lange dienten. (Allerdings war das Gesetz kurz vor Kriegsbeginn gelockert, die Dienstzeit auf zwei Jahre herabgesetzt worden.)

Mariot kommt zum Ergebnis, dass die französischen Intellektuellen bis auf wenige Ausnahmen weder das staatliche Handeln noch die Legitimität des Krieges in Frage gestellt haben; sie hätten höchstens die schlechte Organisation der Armee oder nicht zu verantwortende Angriffe kritisiert. Sie seien im Krieg im Gegenteil zu einer Art «organischer Intellektueller» (Gramsci) des Staates geworden und hätten überall den «patriotischen Glauben» an die Nation verkündet, während bei den einfachen Leuten die Apathie mit zunehmender Dauer des Krieges immer größer geworden sei (Mariot 2013: 385). Gläubige des Patriotismus seien die Lehrer der «Schule der Nation» schon vorher gewesen. Der Krieg habe diese Entwicklung noch verstärkt.

Die Kultur der Niederlage

Wolfgang Schivelbusch untersucht in *Die Kultur der Niederlage* anhand des amerikanischen Südens, von Frankreich 1871 und Deutschland 1918 die Art und Weise der Verarbeitung der militärischen Niederlage nach dem Krieg. Welche inneren Mängel bestanden und wie konnte man von den Feinden lernen?

Ihm zufolge gab es viele Ähnlichkeiten zwischen der Generation des Wilhelminismus und den französischen Bonapartisten des Zweiten Kaiserreichs. Beide Länder waren durch wirtschaftliche Umbrüche und politische Krisen tief verunsichert. Beide entwickelten mit modernster Technik einen ziemlich hohlen «hochromantischen Inszenierungsstil»; Rathenau sprach im Hinblick auf das Kaiserreich sogar von «Cäsaropapismus». Die wilhelminische Machtelite habe sich durch «organisatorisch-technische Brillanz» einerseits, das völlige Fehlen «politischen, sozialen und psychologischen Gespürs» andererseits ausgezeichnet (Schivelbusch 2001: 230). Folgerichtig gab es angesichts der sich abzeichnenden Niederlage Aufforderungen an den Kaiser, sich zusammen mit seinen wichtigsten Generälen in den Kampf zu stürzen, um dort den Heldentod zu sterben und im Kyffhäuser begraben zu werden; doch Willy Zwo verdrückte sich bei Nacht und Nebel über die belgisch-niederländische Grenze. Auch eine Reihe von Generälen, darunter Ernst Ludendorff, verschwanden ins Ausland.

Im Unterschied zu Deutschland wurde die Niederlage in Frankreich 1871 durch ein in zweihundert Jahren gewachsenes «nationales Selbstbewusstsein» auf der Grundlage der Werte der Revolution aufgefangen, was den Deutschen völlig abging. In Deutschland gab es keine nennenswerte revolutionär-republikanische Tradition und somit keinen deutschen Gambetta (Republikaner, anfänglich Gegner des Deutsch-Französischen Krieges, rief nach der Niederlage bei Sedan und der Abdankung Napoléons III. die Dritte Republik aus; Ende 1881 für wenige Monate Ministerpräsident). Die SPD hätte eine solche Be-

wegung anführen können, denn sie bezeichnete sich in Sonntagsreden als die Erbin der Revolution von 1848, doch ihre Führung besaß eine «entschiedene Abneigung gegen jegliche Art von Umsturz» (Schivelbusch 2001: 237). Der aus der Niederlage geborenen Weimarer Republik fehlte somit ein sie legitimierender «Gründungsmythos». Als bald entstand die Dolchstoßlegende, die Vorstellung nämlich, das «im Felde unbesiegte Heer» sei von Staatsfeinden und Verrätern von hinten erdolcht worden, wie «Siegfried unter dem hinterlistigen Speerwurf des grimmigen Hagen». Das Hauptziel der rechten Propaganda nach dem Krieg lag in der Wiederherstellung des «Augusterlebnisses» (das freilich, wie neuere Arbeiten zeigen, auf die Mittelschichten plus SPD-Führung beschränkt war), also in der Wiederherstellung der Einheit der Nation als «Volksgemeinschaft». Hieran konnten die Nazis später bruchlos anknüpfen.

Schivelbusch verweist auf die Bedeutung des Nibelungenmythos für die Ausbildung des deutschen Nationalismus im 19. Jahrhundert seit den Befreiungskriegen gegen Napoleon. Siegfried wurde zum Befreier von «welscher Vorherrschaft» mit zunächst republikanischer Konnotation; erst mit den Bismarckschen Kriegen wurde er zum Symbol des neuen Reichs und bisweilen sogar mit Bismarck selbst assoziiert. Richard Wagner hat mit seinen Opern diese Entwicklung vorbereitet, doch bei ihm steht Siegfried in romantischer Tradition für den Kampf gegen Gold, Geld, Gier und Verrat. Mit der Reichsgründung wurde «Deutschland Siegfried-Land ... wie Frankreich Jeanne-d'Arc-Land geworden war». Nach dem Krieg gab es allerdings auch rechte Strömungen, die sich auf die Seite von Hagen schlugen, weil er ihrer Meinung nach das Reich von einer «unfähigen und dekadenten» Führung befreit habe.

Bereits vor dem Krieg gab es Stimmen, die der deutschen Politik Unfähigkeit in Sachen Psychologie und Diplomatie vorwarfen. Sogar Reichskanzler Bethmann Hollweg hatte kurz vor dem Krieg geschrieben: «Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzu viel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die feineren Mittel und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt niemals allein erhalten kann.» Vor allem liberale Imperialisten wie Friedrich Naumann forderten nach französischem Vorbild eine «weltgeschichtliche Aufgabe» für die Deutschen, eine «Nationalbestimmung im Menschheitshaushalt, damit wir für unsere nationale Selbständigkeit mit Lust und Liebe eintreten können». Doch die Revolution wurde von den Freikorps zusammen mit der Führung der SPD zerschlagen.

Vielen Beobachtern, darunter Leo Trotzki, war schon vor 1914 klar, dass der eigentliche Sieger des Ersten Weltkriegs die USA sein würden. (Sie hatten bereits 1898 eine Art «Blitzsieg» gegen die spanische Kolonialmacht – Kuba, Philippinen – errungen.) Darüber trösteten sich in Deutschland viele mit dem Argument hinweg, gegen die eigentlichen Kriegsgegner Frankreich, Großbritannien und Russland, habe man ja gar nicht verloren, die habe man eher in Schach gehalten. Dies stützte sich auf die Tatsache, dass erst der Kriegseintritt der USA 1917 die endgültige Kriegswende herbeigeführt hatte. Amerika aber galt in Deutschland fortan als Leuchtfeuer. Vor allem für die technische Intelligenz bedeutete von Amerika lernen, siegen zu lernen. Schon während des Krieges, als der «Kriegssozialismus» eingeführt wurde, wurden die neuen Formen der Arbeitsorganisation wie Fließband und Taylorismus übernommen, der bekanntlich sogar von Lenin bewundert wurde. Bis 1900 las man in Deutschland *Lederstrumpf*; nun waren die Romane

von Upton Sinclair angesagt. Die «Weltstadt» Berlin mit ihren Kapitalströmen, Warenströmen, Touristenströmen, Modeströmen, Traumfabrik usw. – also die «Flut der amerikanischen Massenkultur» – wurde mehr und mehr zu einer «amerikanischen» Metropole. «Amerikanische» Musik wie Jazz und Swing trat ihren Siegeszug an. So standen sich zwei Utopien gegenüber: «Amerika» und (für Teile der Linken) die «Sowjetunion». Vor allem Techniker und andere Teile der Intelligenz begeisterten sich für das Scientific Management und behaupteten, sie würden keine Klasseninteressen vertreten, sondern die «Objektivität der Technik» selbst. Die Technik sollte gleich der Armee eine Sache des Staates sein, statt von kapitalistischen Unternehmen kontrolliert zu werden. Vor allem die Organisatoren der Kriegswirtschaft, Walther Rathenau und Wichard von Moellendorff, traten für solche Konzepte ein, in der Ingenieure und Manager die zentrale Rolle spielen sollten. Nicht zufällig stand Rathenau auch für den Ausgleich mit der Sowjetunion (Rapallo), was ihn das Leben kosten sollte.

Im Verbandsorgan der deutschen Ingenieure hieß es: «Der deutsche Ingenieur kann nicht behaupten, daß wir ohne diese Bevormundung und Überorganisation den Krieg gewonnen hätten ... Das aber kann er behaupten: Hätte man die Bedeutung der Technik wirklich erkannt und die eigene Unkenntnis in technischen und wirtschaftlichen Dingen eingestehen wollen, dann hätte die Oberste Heeresleitung auf die Ingenieure hören müssen; dann hätten diese in voller Selbständigkeit und Verantwortlichkeit ergründen können, auf welche Höchstleistungen die Technik gebracht werden konnte ... Insofern sind wir also doch militärisch, und nicht etwa technisch, besiegt worden, als der Militarismus der deutschen Technik in den Arm gefallen ist.» Man wird sich daher nicht wundern, dass die angeblich über den Klassen stehenden Techniker Anhänger der Idee der «Volksgemeinschaft» waren und die Aufrüstungspolitik der Nazis voll unterstützten.

Literatur

- Clark, Christopher (2013): Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München: DVA.
- Fischer, Fritz (1961): Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf: Droste, 2013.
- Hochschild, Adam (2013): Der Große Krieg. Der Untergang des alten Europas im Ersten Weltkrieg 1914–1918. Stuttgart: Cotta.
- Karuscheit, Heiner (2014): Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg. Hamburg: VSA.
- Kocka, Jürgen (1978): Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Mariot, Nicolas (2013): Tous unis dans la trachée? 1914–1918, les intellectuels rencontrent le peuple. Paris: Seuil.
- Münkler, Herfried (2013): Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918. Berlin: Rowohlt.
- Mombauer, Annika (2014): Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg. München: C. H. Beck.
- Neitzel, Sönke (2008): Weltkrieg und Revolution 1914–1918/19. Berlin-Brandenburg: be. bra.
- Schivelbusch, Wolfgang (2001): Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918. Berlin: Alexander Fest.

Niedergang oder Revitalisierung?

Gewerkschaften als solidarische Bewegungen

THOMAS GOES

In den Heften 2.2 und 3.1 der Zeitschrift *Emanzipation* wurde die Frage aufgeworfen, Lob die (deutschen) Gewerkschaften sich im Niedergang befinden oder ob Hoffnungen auf ihre Wiederbelebung begründet sind. Manfred Dietenberger etwa konstatierte einen Bedeutungsverlust der deutschen Gewerkschaften. Er thematisierte zwar en passant eine intensive Debatte über Organizing, ließ es aber bei cursorischen Bemerkungen zu diesen «Revitalisierungsversuchen» bewenden. Ausführlicher beschäftigte sich Klaus Dörre mit dem Thema (vgl. Dörre 2012)¹. Daran anschließend muss die plakative Titelfrage des Heftes 3.1, «Ist die Arbeiterbewegung tot?», zunächst gewiss mit einem Nein beantwortet werden. Nein, tot ist die alte deutsche Arbeiterbewegung in Gestalt der Gewerkschaften nicht. Es gibt – verstreut – Suchbewegungen und neue Ansätze, insbesondere bei der Mitgliedererwerbungs- und Mitgliederpolitik. Sie nicht zur Kenntnis zu nehmen, führt in die Irre. Das ist auch dann wahr, wenn es sich bisher lediglich um zarte Pflänzchen handelt, deren Zukunft ungewiss ist (vgl. Dörre 2011).

Gleichwohl darf man skeptisch sein, ob dies zu einer Erneuerung der deutschen Gewerkschaftsbewegung reicht. Im folgenden werde ich die These vertreten, dass «Revitalisierungsbemühungen», sofern sie nicht in einen grundsätzlichen Politik- und Strategiewechsel eingebettet sind, zwar nach wie vor begrüßenswert sind, allein aber als Antwort auf die Kapitaloffensive und die neoliberale Wende nicht taugen, mit denen sich Gewerkschaften seit mehr als 30 Jahren konfrontiert sehen. Eingebettet in eine nach wie vor sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Politik mögen sie den Mitgliederschwund aufhalten, nicht aber den Trend zur exklusiv-solidarischen Interessenvertretung und zur wachsenden sozialen Ungleichheit innerhalb der Lohnabhängigenklasse (Birke 2013: 16). Ein grundsätzlicher Kurswechsel wäre notwendig, der den Aufbau von betrieblich verankerter Lohnabhängigenmacht mit einer auf inklusive Solidarität (die sich auf alle Lohnabhängigen bezieht) und Demokratisierung zielenden Politik kombiniert.

Was bisher geschah: Die Krise des politischen Gewerkschaftsmodells

Krisendiskussionen sind innerhalb der deutschen Gewerkschaften gar nicht neu. Das erklärt sich zunächst einmal aus der strukturellen Abhängigkeit der Lohnabhängigen von den kaum beeinflussbaren Investitionsstrategien der Unternehmen. Ein Beispiel kann das veranschaulichen: Lange Jahre (man beachte die Debatte in den 1970er und 1980er Jahren) standen Gewerkschaften vor der Herausforderung, neue Angestelltengruppen zu organisieren, weil deren Anteil an der Gesamtheit der abhängig Beschäftigten infolge veränderter Produktionsformen und Arbeitsorganisation wuchs. Gewerkschaften müssen auf solche Veränderungen reagieren, was ihnen aufgrund eingespielter Routinen und der Beharrungskraft bürokratischer Apparate in der Regel nicht leicht fällt. Eingespielte

Gewohnheiten müssen verändert werden. Häufig folgt daraus zunächst einmal das, was ich als «normale Krise gewerkschaftlicher Mitgliederorientierung» bezeichnen will. Von dieser «normalen Krise der Mitgliederorientierung» ist die «Krise des politischen Gewerkschaftsmodells» zu unterscheiden. Eine solche Krise zeichnet sich dadurch aus, dass die gewohnten Wege der Interessenvertretung nicht mehr vermögen, Lohnabhängigeninteressen erfolgreich zu vertreten. Mit anderen Worten: Die grundsätzliche politische Orientierung der Gewerkschaft wird in Frage gestellt. Als historisches Beispiel mag die Politik der amerikanischen Berufsgewerkschaften dienen, die Anfang des 20. Jahrhunderts in der American Federation of Labor organisiert waren. Organisieren wollten sie lediglich «weisse» Facharbeiter – während die fordistischen Massenindustrien mit multiethnischen Belegschaften wuchsen. Diese politische Orientierung war zum Scheitern verurteilt. Praktisch zeigte sich das im vorübergehenden Aufschwung der Industrial Workers of the World (IWW) und dem späteren Siegeszug der in der CIO organisierten Industriegewerkschaften (vgl. Guérin 1970; Kimeldorf 1999).

Die Frage lautet also erst einmal, ob wir es heute mit einer «normalen Krise der Mitgliederorientierung» oder einer «Krise des politischen Gewerkschaftsmodells» zu tun haben. Das ist wichtig, denn die gegenwärtig neuen Ansätze in der Gewerkschaftspolitik beschränken sich bisher – nicht in der Theorie, aber sicherlich in der Praxis – auf die Bewältigung einer Mitgliederorientierungskrise. Das gilt sowohl für die real existierenden Organizingprojekte, als auch für Kampagnenpolitik oder neue Strategien in der Tarifpolitik.

Meines Erachtens haben wir es tatsächlich mit einer tieferen Krise des politischen Gewerkschaftsmodells zu tun, das sich insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren herausbildete und trotz erster Erschütterungen die 1980er Jahre relativ stabil überstand. Eine Krise dieses Sozialpartnerschaftsmodell zu behaupten², bedeutet aber nicht anzunehmen, dass der Tod oder das Ende der Gewerkschaften naht; sozialpartnerschaftlich agierende Gewerkschaften werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Allerdings werden sie nicht mehr in der Lage sein, eine auf alle Gruppen der Lohnabhängigen zielende Interessenvertretung zu organisieren (vgl. Dörre 2011: 284). Infolgedessen werden neue soziale und auch machtpolitische Ungleichheiten innerhalb der Lohnabhängigenklasse nicht nur passiv hingenommen, sondern im Rahmen einer Politik, die auf Bündnisse zwischen Kapital und Arbeit zielen, auch mitverantwortet werden. Insofern lautet die Frage nicht, ob die im DGB organisierten Gewerkschaften infolge ihrer sozialpartnerschaftlichen Grundausrichtung an Bedeutung verlieren, sondern welche Rolle sie weiterhin als selektive Interessenvertreter und Schutzorganisationen spielen werden. Auf der Tagesordnung steht damit auch die Diskussion darüber, welche erfolversprechenden Alternativen möglich sind.

Konturen des sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsmodells

Wie ist das kriselnde politische Modell der deutschen Gewerkschaften zu charakterisieren? Die sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsidentität setzt die wechselseitige Anerkennung der Interessenorganisationen von Kapital und Arbeit voraus. Die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den unternehmerischen Interessenverbänden kann

dabei harmonisch sein, muss es aber nicht. Anders als manchmal im alltagspolitischen Sprachgebrauch angenommen, kann auch heftiges Konflikthandeln Teil eines sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsmodell sein (vgl. Haipeter 2013: 117).

In Westdeutschland wurde die wechselseitige Anerkennung nach dem Zweiten Weltkrieg durch das sog. duale System der Interessenvertretung etabliert (in Ostdeutschland wurde es nach 1990 übernommen). Gewerkschaften agieren darin auf überbetrieblicher Ebene als Tarifakteure. Die betriebliche Arena bleibt der formal gewerkschaftsunabhängigen Einrichtung des Betriebsrats überlassen, wenngleich es den DGB-Gewerkschaften gelungen ist, einen Großteil der Betriebsratsmitglieder zu organisieren. In den Augen der meisten Beschäftigten repräsentieren Betriebsräte mithin die Gewerkschaften. Konflikte um Lohn und Leistungen werden idealtypisch in diesem Modell von der betrieblichen Ebene auf die Ebene der Tarifpolitik verlagert, wo sie im Zuge hochgradig verregelter Aushandlungsverfahren ausgetragen werden. Der Betriebsrat selbst wird durch das Betriebsverfassungsgesetz auf das betriebliche Wohlergehen eingeschworen. Streik, ohnehin illegalisiert, soweit es sich nicht um Konflikte handelt, die nicht im Rahmen von Tarifbewegungen verhandelt werden können, ist dabei gesetzlich festgelegt als das allerletzte Mittel, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Scheitern Verhandlungen, folgen Schlichtungsversuche und erst dann Urabstimmungen der Gewerkschaftsmitglieder über einen etwaigen Streik. Dieses Modell befriedet den Klassenkonflikt (vgl. Deutschmann 2002: 162) und etabliert interessenpolitische Orientierungen in den Belegschaften, in denen Stellvertreterdenken dominiert. Aktiv wird die Masse der Beschäftigten allenfalls dann, wenn Tarifverhandlungen und Schlichtungsverfahren gescheitert sind.

Sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftspolitik basiert insbesondere auf Verhandlungen in den dafür vorgesehenen Institutionen. Daher fußt das sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsmodell in besonderem Maße auf der sog. institutionellen Macht (vgl. Dörre 2011: 271), d. h. darauf, dass Einrichtungen (da es sich um institutionalisierte Anerkennungsverhältnisse von Lohnarbeit und Kapital handelt), die partielle Durchsetzung von Lohnabhängigeninteressen gewährleisten.

Das sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsmodell beruht allerdings auf mehr als nur der wechselseitigen Anerkennung der gewerkschaftlichen und unternehmerischen Interessenvertretungen und dem konfliktmildernden, dualen System der Interessenvertretung. Es setzt voraus, dass Gewerkschaften nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, sondern dabei zugleich die Spielregeln des kapitalistischen Systems einzuhalten bemüht sind. Als sog. «intermediäre Gewerkschaften» vermitteln sie derart zwischen Mitglieder- und Systeminteressen, dass Wirtschaftswachstum, und infolgedessen unterstellte Teilhabe und Beschäftigungschancen der Lohnabhängigen, nicht beeinträchtigt werden. Im Prinzip gilt dies auch für die Betriebsräte. Intermediär sind beide Interessenvertretungen dann, wenn sie nicht nur Mitglieder- und Belegschaftsinteressen vertreten, sondern dabei Unternehmens- oder Kapitalinteressen direkt berücksichtigen (vgl. Haipeter 2011: 9).

In einer zeitgenössischen gewerkschaftssoziologischen Studie aus den 1970er Jahren hieß es dementsprechend: «Im gegenwärtigen Kapitalismus können Gewerkschaften ... nicht mehr als autonom handelnde Interessenorganisationen der Lohnabhängigen angesehen werden ... In wachsendem Maße gehen in das gewerkschaftsstrategische Kalkül die

vorhersehbaren gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen der Tarifpolitik ein ... Die Tatsache der Beeinflussung von ökonomischen Makrogrößen durch die Tarifpolitik stellt die Gewerkschaften ständig vor die Entscheidung, ihre Politik den «Spielregeln des kapitalistischen Systems» anzupassen oder aber sie bewusst zu verletzen.» (Bergmann et al. 1975: 18.)

Auf die betriebliche wie auch auf die überbetriebliche Ebene bezogen bedeutet dies: Intermediäre Interessenvertreter reflektieren die Konsequenzen des eigenen Handelns für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und insofern für die Kapitalverwertung auf eine Art, die «unwirtschaftliche» und «wettbewerbschädigende» Forderungen unwahrscheinlich macht, wenn nicht ausschließt. Aber auch «intermediäre Gewerkschaften» pflegen keineswegs notwendigerweise harmonische Beziehungen, sie können durchaus kooperativer oder konfliktorientierter handeln (vgl. Bergmann et al. 1975: 26ff.). Streik ist nicht das Gegenteil von Sozialpartnerschaft – und auch Organizingkampagnen sind es nicht.

Eingebettet war die Entstehung der «intermediären Gewerkschaften» und des dualen Systems der Interessenvertretung in eine für viele Zeitgenossen überraschende Boomphase des Kapitalismus und eine politische Hegemoniekonstellation, in der es gelang, einen liberalen Konsens zwischen Kapital, Lohnarbeit und Staat zu etablieren. Die Einbindung der Lohnabhängigen basierte nicht zuletzt auf der teilweisen Anerkennung von Lohnabhängigeninteressen, und das sowohl in den Betrieben und auf überbetrieblicher Ebene, in der Zivilgesellschaft wie im Staat (vgl. Dörre 2011: 271). Gewerkschaften, die zugleich als Gegenmacht und als konfliktmildernde Gestaltungs- sowie Ordnungsmächte agierten, wurden zu wichtigen Akteuren für den (interessen-)politischen Austausch und die politische Steuerung des zeitgenössischen Kapitalismus (Röttger 2008: 94f.). Vor dem Hintergrund einer Wachstumskonstellation, die bis in die späten 1960er/frühen 1970er Jahre anhielt, wurde ein politisches Arrangement entwickelt, das profitable Kapitalverwertung mit Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrheit der Lohnabhängigen kombinierte. Aber nicht nur die Löhne und damit die Konsumchancen wuchsen, auch die Massenarbeitslosigkeit verschwand, und bis in die späten 1970er Jahre hielt der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen an (Schmidt 1998: 78). Einige Arbeitssoziologen riefen vor diesem Erfahrungshintergrund sogar das Ende der sog. Arbeitsgesellschaft aus, auch weil der sozialen Frage nachhaltig alle Konfliktpotenziale genommen schienen. Lagen in den 1940er Jahren noch Voraussagen nahe, die für den Nachkriegskapitalismus tiefe soziale und politische Krisen annahmen, erfuhren die Gesellschaften des kapitalistischen Zentrums eine geradezu gegenteilige Entwicklung. Sie bildete den sozialen bzw. materiellen Rahmen, in dem kapitalismuskritische oder gar klassenkämpferische Kräfte innerhalb der Gewerkschaften marginalisiert wurden (vgl. Doering-Manteuffel/Raphael 2010: 34). Wenn man so will: Der Verzicht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie auf systemüberwindende Zielsetzungen wurde durch soziale und politische Zugeständnisse gefördert und honoriert, die im Rückblick zu einem bis dato historisch ganz einzigartigen Anstieg des materiellen und kulturellen Konsumniveaus einerseits, der demokratischen Teilhabe andererseits führten (Doering-Manteuffel/Raphael 2010: 35f.).

Die verbesserten Lebensbedingungen, die neuen sozialstaatlichen Rechte und Absi-

cherungen einerseits und das Institutionengefüge – Tarifautonomie, Betriebsverfassung und phasenweise korporatistische Bündnisse zwischen Kapitalverbänden, Regierungen und Gewerkschaften – andererseits ließen eine besondere sozialpartnerschaftliche Identität in den deutschen Gewerkschaften entstehen. Unternehmer wurden nicht mehr als Antagonisten, sondern als Partner gesehen, die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht mehr als (wie langfristig und auf welchem Wege auch immer) zu überwindende Ordnung gedeutet, sondern als wirtschaftliche Geschäftsgrundlage akzeptiert, die soziale und politische Fortschritte zwar nicht garantierte, wohl aber ermöglichte. Aus Gegnern wurden Partner. Das Paradoxe war: Die Rahmenbedingungen, die eine derartige sozialpartnerschaftliche Orientierung zumindest materiell erfolgreich sein ließen, erodierten bereits ab Ende der 1970er Jahre wieder, während die Sozialpartnerschaft bis heute Leitideologie in den politischen Mehrheitsströmungen der DGB-Gewerkschaften bleibt. Diese Skizze mag holzschnittartig sein, an dieser Stelle muss sie allerdings genügen: Vor dem Hintergrund des Booms setzte sich ein Modell von Gewerkschaftspolitik durch, das auf partnerschaftlicher Aushandlung fußt. Bereits seit Anfang der 1980er Jahre, spätestens aber seit den 1990er Jahren geriet dieses Modell allerdings unter Druck. Insbesondere die relative Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung, durch die seit Mitte/Ende der 1970er Jahre eine bis heute anhaltende strukturelle Millionenarbeitslosigkeit entstanden ist, bedeutete eine markante Zäsur (Esser 1982: 12).

Veränderte Handlungsbedingungen

Sechs Entwicklungstrends sind meines Erachtens in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Erstens: Keynesianisch oder zumindest nachfrageorientierte politische Kräfte, die in der Steigerung der Massenkaufkraft eine Voraussetzung für einen stabilen Kapitalismus sahen, verloren an Boden. Zwar wurde auch in der Ära Kohl kein Frontalangriff auf die sozialen Errungenschaften und politischen Rechte der Lohnabhängigen organisiert (anders als beispielsweise in England und den USA unter den Regierungen Thatcher bzw. Reagan), eine deutlich wahrnehmbare neoliberale Wende setzte jedoch gleichwohl ein, die im Zeichen der Standortkonkurrenz und der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit stand. Die in den 1990ern insbesondere aus dem liberal-konservativen Lager heraus intensiviertere Debatte um den sog. «Standort Deutschland» zielte in erster Line darauf ab, die Attraktivität für deutsche und ausländische Investoren zu vergrößern (Schneider 2000: 425f.). Dabei ging es zwar gerade für exportorientierte Industrien um die Senkung der Arbeitskosten (Müller 2006: 10), insgesamt sollte aber auch der flexible Zugriff auf die Arbeitskraft erleichtert werden. Die Gewerkschaften gerieten in den 1990ern mit ihren stärker nachfrageorientierten Politikvorschlägen in die Defensive (Schneider 2000: 428). Unternehmervverbände und Kohl-Regierung drängten auf die Senkung der Lohnnebenkosten und eine Individualisierung der sozialen Risiken (Stichwort: Stärkung des Prinzips Eigenverantwortung). Diese programmatische Grundausrichtung wurde schließlich von der ersten Schröder-Fischer-Regierung übernommen. Ihren ersten Höhepunkt erreichte die Entwicklung ironischerweise mit der Agenda 2010 der vom DGB unterstützten rot-grünen Bundesregierung und ihrer auf ökonomische Deregulie-

rung setzenden Wirtschafts- sowie strafend-aktivierenden Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Gerade die sozialstaatliche Absicherung, die immer auch eine indirekte gewerkschaftliche Machtressource ist (vgl. Korpi 1978: 318f.), wenn sie den Marktzwang zum Verkauf der Arbeitskraft abfedert und so den Konkurrenzdruck zwischen den abhängig Beschäftigten mildert, wurde zum Ziel neoliberaler Politik.³

Zweitens: Im Unternehmerlager verlor man die Lust an lohnpolitischen Zugeständnissen. Dies drückt sich beispielsweise in der sinkenden Lohnquote aus, ein Phänomen, das nicht nur in Deutschland, sondern weltweit seit etwa Anfang/Mitte der 1980er Jahre zu beobachten war. Europaweit lag die Lohnquote in den 1960er Jahren etwa bei 63 %, stieg bis 1982 auf rund 66 % und sank bis 2005 auf knapp 58 % (Husson 2009: 10). Auch die Reallöhne sinken innerhalb des Gebiets der heutigen Europäischen Union seit etwa Mitte der 1970er Jahre, unter anderem weil der Lohn deutlich stärker zum variablen Faktor innerhalb unternehmerischer und nationalstaatlicher Wettbewerbspolitiken gemacht wurde (Schulten 2001: 9). In Deutschland selbst nahm der Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit am Volksvermögen seit Beginn der 1980er beinahe kontinuierlich zu, während die Anteile des Einkommens aus lohnabhängiger Arbeit zurückblieben, wenngleich diese allgemeine Tendenz sich nicht linear, sondern eher wellenförmig durchsetzte (Wolf 2009: 70f.). Ein detaillierter Rückblick zeigt zunächst einen starken Anstieg der Lohnquote in den 1960er Jahren, der Ende des Jahrzehnts bzw. Anfang der 1970er Jahre zurückging, um dann bis 1980 auf knapp mehr als 70 % zu wachsen. Es folgte ein Sinkflug bis 1990 auf 68 %, der sich – unterbrochen durch einen erneuten Anstieg auf etwa 72 % bis zur Jahrhundertwende – bis 2005 mit einer Lohnquote von etwa 66 % fortsetzte, dem niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik (Bispinck/Schulten 2008: 60). Allerdings: Zwar sanken die Reallöhne in der Bundesrepublik auch im Zeitraum zwischen 2001 und 2009 weiter um etwas mehr als 6 %, in den Jahren 2010–2013 war jedoch erneut ein sehr moderates Wachstum von durchschnittlich 0,6 % pro Jahr zu verzeichnen (Schulten 2013: 594f.). Legt man die Preisentwicklung und die Produktivitätssteigerungen zugrunde, dann ergibt sich ein verteilungspolitisch interessantes Bild. Während es in den 1950er und 1970er Jahren eine neutrale und in den 1960er Jahren eine positive Umverteilungsbilanz zugunsten der Lohnabhängigen gab, sind die 1980er und insbesondere die 1990er und die Jahre ab 2000 von einer deutlichen Umverteilung des gesellschaftlichen Vermögens von unten nach oben gekennzeichnet (Bispinck/Schulten 2008: 58ff.). Dabei darf zugleich von einer wachsenden Einkommensungleichheit zwischen den Lohnabhängigen ausgegangen werden, d. h. einer stärkeren Lohnspreizung, wofür auch das Wachstum des Niedriglohnssektors ein Indiz ist. Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten stieg von rund 19 % aller Erwerbstätigen 1995 auf 21,6 % im Jahr 2000 und schließlich 23,9 % 2011 (Kalina/Weinkopf 2013: 4f.). Laut einem Vergleich zwischen 17 europäischen Ländern verfügt Deutschland damit über den zweitgrößten Niedriglohnsektor überhaupt, übertrumpft lediglich durch Litauen. Unter den Vergleichsländern befanden sich westeuropäische Staaten wie etwa Großbritannien, Frankreich und Belgien und osteuropäische wie z. B. Polen, Slowenien und Bulgarien (Rhein 2013: 2f.).

Insgesamt führen angesichts des globalen und europaweiten Trends Annahmen allerdings in die Irre, die die deutsche Situation auf ein veränderbares «Fehlverhalten» der hiesigen UnternehmerInnen zurückführen. Dennoch: Für das deutsche Unternehmerlager

muss angenommen werden, dass Kräfte an Bedeutung gewonnen haben, die angesichts der spürbaren Durchsetzungsschwäche der Gewerkschaften kaum mehr gewillt sind, die Interessen der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften von vornherein zu berücksichtigen, wenn sie ihre Politik planen und umsetzen (vgl. Haipeter 2011: 15). Die Bereitschaft zur Partnerschaft wurde und wird von bedeutenden Teilen der Unternehmerschaft aufgegeben. Zwar wird von Zeit zu Zeit auf die Rhetorik der Sozialpartnerschaft zurückgegriffen, im Kern setzte sich aber eine Aufkündigung des «fordistischen Klassenkompromisses» von oben durch.

Drittens: Es lässt sich eine Tendenz beobachten, die von einer wettbewerbsbegrenzenden hin zu einer wettbewerbsorientierten Tarifpolitik führt: «Tarifpolitische Standards werden demnach immer weniger als konstante, für alle Unternehmen gleichermaßen verbindliche Größen angesehen, sondern gelten als variable betriebswirtschaftliche Parameter zur permanenten Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.» (Bispinck/Schulten 2005: 466.) In diesem Zusammenhang ist auch die Flucht aus der Tarifbindung zu erwähnen, die im Unternehmerlager zu beobachten ist. Ein Teil der Unternehmen schließt sich den eigenen Tariforganisationen nicht mehr an. Zugespitzt: Im Unternehmerlager gelingt die tarifpolitische Disziplinierung in geringerem Maße. Neben der Zahl der Unternehmen, die keinem Tarifverband angehören, wachsen insbesondere die nichttarifgebundenen, sog. OT-Verbände (vgl. Haipeter 2011: 13). Das bedeutet konkret, dass lange Zeit gängige soziale und politische Standards in den betroffenen Branchen und Betrieben heute alles andere als normal sind. Bereits gewöhnliche Mitbestimmungs- und Tarifstandards müssen zum Teil hart erstritten werden. Dies gilt in besonderem Maße für wachsende Branchen der Dienstleistungsindustrie (vgl. Uellenberg-van Dawen 2013: 403) – genauer gesagt in den Branchen und Betrieben, in denen die Prekarisierung der Lohnarbeit weit vorangeschritten ist (Birke 2013: 16f.). Nicht nur hier, aber in diesen Branchen insbesondere finden sich zusehends Formen autoritärer Macht, die erreichte politische und rechtliche Errungenschaften der abhängig Beschäftigten übergehen (Kempe 2010: 16) und rückgängig machen wollen. Repressive Managementformen breiten sich aus (Artus 2008: 27f.).

Viertens: Diese nachlassende Bindekraft des Flächentarifs ist teilweise auch auf Öffnungen in Form von Betriebsvereinigungen zurückzuführen, denen Gewerkschaften zugestimmt haben. Eine Verbetrieblichung der Gewerkschaftspolitik ist die Folge, die häufig eher mit lohn- und arbeitspolitischen Zugeständnissen, denn mit Erfolgen einhergeht. Der Normalfall ist längst nicht mehr der offensive Gewinn, sondern sind materielle Zugeständnisse der Belegschaften, durch die sie hoffen, ihre Arbeitsplätze zu sichern (vgl. Haipeter 2011: 15). Indem den Unternehmen Flexibilitätsspielräume eingeräumt wurde, versuchten Gewerkschaften und Betriebsräte – der Logik einzelunternehmerischer Flexibilitäts- und damit Wettbewerbsfähigkeit folgend – Arbeitsplätze zu sichern. Ein Ergebnis dieser Entwicklungen ist, dass die Bindekraft des Flächentarifvertrages seit etwa Mitte der 1990er erheblich nachlässt und sich in den Betrieben defensive Konzessionsverhandlungen normalisieren (Candeias/Röttger 2009: 886). Die Folge ist die zunehmende Bedeutung betrieblicher Tarifregelungen, was Gewerkschaften dazu zwingt, wollen sie einem «race to the bottom» nicht tatenlos zusehen, die Durchsetzungsfähigkeit von Unternehmensbelegschaften zu verbessern.

Fünftens: Unternehmen entwickelten neue Produktions- und Arbeitsorganisationsmodelle, die höhere Flexibilitätsanforderungen für Beschäftigte bereithielten. Die technologische Basis dafür sind die heute nicht mehr ganz so neuen Informationstechnologien – die Computerisierung sowohl der Produktion als auch vieler Dienstleistungsarbeiten ermöglicht es Unternehmen, sich flexibler an Marktschwankungen und neue Nachfragekonstellationen anzupassen (Hirsch/Roth 1986: 106). Durch organisatorische Dezentralisierung werden Verantwortlichkeiten und Kompetenzen verlagert, die Autonomie und Eigenverantwortlichkeit von einzelnen Organisationseinheiten werden gestärkt und um Vermarktlichung ergänzt. Durch sie wird eine stärkere Steuerung dieser Einheiten durch den äußeren Markt oder durch Marktmechanismen ins Werk gesetzt (Sauer 2005: 67). Lean Production, Just-in-time-Produktion, unternehmensinterne Nutzung von Marktmechanismen (Kostenkonkurrenz zwischen Abteilungen z. B.), aber auch neue Arbeits- und Beschäftigungsformen, die als Subjektivierung von Arbeit und Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse zusammengefasst werden können, lassen alte Solidaritätskollektive erodieren. Die Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben leidet ebenso sehr, wie die Organisationsmacht der Gewerkschaften abnimmt.

Sechstens: Mit der weiteren Europäischen Integration und dem Zerfall der postkapitalistischen Ostblockstaaten entstand ein umfassender Weltmarkt für Waren- und Kapitalexport, allerdings auch für Arbeitskräfte. Weltweit bewegten sich nach 1990 etwa doppelt so viele Arbeitskräfte auf «freien Arbeitsmärkten» als zur Zeit der Systemkonkurrenz. Zwar waren wichtige bundesdeutsche Leitindustrien auch vorher export- und damit weltmarktabhängig. Das Damoklesschwert der Standortschließung hing nun aber bedrohlich über den Köpfen der abhängig Beschäftigten – und dabei handelt es sich keineswegs ausschließlich um ein Schreckgespenst. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zweierlei. Erstens: In den Produktionssektoren sind insbesondere einfache Arbeitstätigkeiten bedroht, während hohe Spezialisierung zumindest in relativem Maße schützt. Zweitens: Von Arbeitsplatzverlagerung sind auch hochqualifizierte Angestellte betroffen. Die digitale Revolution macht es möglich, dass Ingenieursarbeiten etwa in Indien oder die Produktplanung in den USA stattfindet, während in Wolfsburg oder Emden produziert wird (Müller 2006: 3ff.). Wenngleich der deutsche Arbeitsmarkt durch Produktionsverlagerungen in weitaus geringerem Maße als etwa der US-amerikanische betroffen ist (Müller 2006: 9)⁴, kann insgesamt dennoch gelten: «Restrukturierungen, Auslagerungen und Verlagerungen an kostengünstigere Auslandsstandorte, aber auch der vermehrte Einsatz prekärer Beschäftigungsformen fungieren als systematische Instrumente der Unternehmensleitungen zur Disziplinierung der Interessenvertretungen und zur Aushandlung von Konzessionen bei den Arbeitsstandards und den Arbeitsbedingungen.» (Haipeter 2011: 15.)

Diese Entwicklungstrends stellen das tradierte sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsmodell grundlegend in Frage. War es in den 1950er bis 1970er Jahren in einer Gesellschaft entstanden, in der soziale Sicherheit und Teilhabe für Lohnabhängige zunahm, sieht es sich heute einer ganz anderen Realität gegenüber. Klassengegensätze werden in einer prekarierten, von wachsender Ungleichheit und sozialer Unsicherheit charakterisierten Arbeitsgesellschaft nicht schwächer, sondern stärker. Joachim Hirsch und Roland Roth haben als Folge dieser Entwicklung bereits vor knapp 30 Jahren einen «neu-

en gesamtgesellschaftlichen Ausbeutungsmodus» prognostiziert: «Verstärkte Qualifikationshierarchien, Schichtungen und Spaltungen der Lohnabhängigen sowie die damit verbundene Schwächung kollektiver Interessenvertretung ermöglichen schärfere Lohn-differenzierungen, eine weitgehende Diversifizierung der Arbeitsbedingungen und eine Aushöhlung der sozialen Sicherung. Zusammen mit einer länger anhaltenden Massenarbeitslosigkeit lässt dies einen dauerhaften Druck auf das reale Lohn- und Reproduktionsniveau bei zugleich sich vergrößernden sozialen Ungleichheiten innerhalb der Arbeiterklasse erwarten.» (Hirsch/Roth 1986: 114.) Nicht nur wurde die Kompromissbereitschaft politisch einseitig durch relevante Kapitalfraktionen aufgekündigt – auch die makroökonomischen und politischen Rahmenbedingungen haben sich radikal verschlechtert. Alle diese Entwicklungen führten dazu, dass es betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretern zunehmend schwerfällt, Lohnabhängigeninteressen im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Arrangements ähnlich erfolgreich durchzusetzen, wie es ihnen in den 1960er, 1970er und noch in den 1980er Jahren gelungen ist.

Auch wenn das alte System der industriellen Beziehungen formal intakt blieb, erodiert es doch in seiner politischen Substanz (vgl. Haipeter 2011: 13f.). Natürlich vollzieht sich dieser Erosionsprozess mit ungleicher Geschwindigkeit und mit ungleicher Tiefe: «So lässt schon ein oberflächlicher Blick erkennen, dass die institutionellen Pfeiler des deutschen Systems industrieller Beziehungen in den industriellen Kernzonen der deutschen Exportwirtschaft noch immer stark verankert sind ... In vielen Branchen der privaten Dienstleistungen aber finden sich demgegenüber die Spuren des alten Modells an manchen Stellen nur noch rudimentär.» (Haipeter 2011: 14.) Dass innerhalb der Lohnabhängigenklasse viele Ungleichheiten existieren, ist an sich normales Resultat der kapitalistischen Produktionsweise. Die skizzierten Entwicklungen verschärfen dies allerdings. Belastungen, Beschäftigungschancen und -risiken, Lohnchancen und Machtpotenziale sind innerhalb der Klasse ausgesprochen ungleich verteilt. Und dies kann nicht ohne Konsequenz für die Gewerkschaftspolitik bleiben. Negative Folgen von kostenreduzierenden Wettbewerbs- und Prekarisierungsstrategien mögen alle abhängigen Beschäftigten treffen – Vorteile und Nachteile sind aber unter den Arbeitskräften (den beschäftigten und erwerbslosen) ebenso ungleich, wie die je individuellen Ausgangsbedingungen, um im Konkurrenzspiel zu bestehen (Pelizzari 2009). Die größte Herausforderung für Gewerkschaftspolitik dürften daher die Fragmentierung der betrieblichen Solidaritätskollektive und die Spaltungen innerhalb der Lohnabhängigenklasse sein.

Gewerkschaftliche Lernbewegungen

Natürlich gingen diese Veränderungen auch an den deutschen Gewerkschaften nicht spurlos vorüber. Weil tradierte Formen der Gewerkschaftspolitik angesichts der oben skizzierten Herausforderungen kaum mehr geeignet waren, erreichte Rechte und Teilhabechancen zu bewahren, setzten in Betrieben und lokalen Gewerkschaftgliederungen, zum Teil auch in den Gewerkschaftsvorständen, neue Suchstrategien ein (Röttger 2008: 103). Deshalb lassen sich in jüngerer Zeit einzelne Lernbewegungen und Neuorientierungen ausmachen, die darauf zielen, Gewerkschaftsmacht neu aufzubauen. Es ist schwierig, sie alle auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Experimente mit öffentlichen Druck-

kampagnen (Stichwort Lidl- und Schleckerkampagne) stehen neben ersten Erfahrungen mit Organizingprojekten oder neuen Ansätzen in der Tarifpolitik, der sog. bedingungsgebundene Tarifarbeit (vgl. Neuner 2013). Die IG Metall hat sogar eine organisationsinterne Ressourcenumschichtung betrieben, die darauf zielt, die IGM zu einer sog. Erschließungsgewerkschaft zu machen. Dieser Umbau war bisher durchaus erfolgreich, denn immerhin konnte der Mitgliederverlust nicht nur gestoppt werden, in jüngster Vergangenheit wurden auch wieder moderat steigende Mitgliederzahlen gemeldet. Auch tarifpolitisch kann die IGM auf einige Erfolge blicken, selbst in Branchen, die zuvor gewerkschaftlich kaum organisiert und damit auch nicht tarifgebunden waren. Zuletzt etwa gelang es in der Windenergiebranche, einem wachsenden Sektor, mit Hilfe einer Organizingkampagne die Firma Repower zum Abschluss eines Tarifvertrags zu bewegen. Die IGM gibt sich also durchaus konfliktfähig, wo sie es für notwendig hält (vgl. Schmalz u. a. 2013).

Ein anderes Beispiel erfolversprechender Neuorientierung findet sich in der sog. bedingungsgebundenen Tarifpolitik, mit der bei Ver. di experimentiert wird. Im Fokus steht dabei eine aktivere Rolle der Belegschaften während und im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen. Im Zentrum des Ansatzes steht die Maxime, dass Tarifpolitik nicht mehr im Stellvertretermodus gemacht werden soll, mit andren Worten: Eine sich organisierende und an der Tarifarbeit teilnehmende Belegschaft wird zur Bedingung gewerkschaftlichen Handelns gemacht (vgl. Neuner 2013: 214). Als letztes Beispiel sei auf die Arbeitskämpfe beim Versandunternehmen Amazon hingewiesen, denen eine mehrjährige Organizingkampagne voranging.

Es gibt also durchaus Revitalisierungsansätze. Augenblicklich ist es schwer abzusehen, was aus ihnen für das politische Gewerkschaftsmodell selbst folgen wird. Als offen kann beispielsweise gelten, wie sich die Förderung von Selbsttätigkeit der (potenziellen) Mitglieder und die angestrebte eigene Konfliktbereitschaft auf die Arbeitsbeziehungen einerseits, auf das Binnenverhältnis zwischen Hauptamtlichkeit, Mitgliedschaft und Belegschaften andererseits auswirken wird.

Bisher verbleiben die Revitalisierungsansätze allerdings innerhalb des politisch-strategischen Rahmens der Sozialpartnerschaft. Während sie geeignet sind, die «normale Krise gewerkschaftlicher Mitgliederorientierung» zu bearbeiten, bleibt die Krise des politischen Gewerkschaftsmodells unberührt. An dieser Stelle ist gleichwohl eine Differenzierung notwendig: Selbstverständlich gibt es nicht «die Gewerkschaft». Idealtypisch kann man zwischen «Gewerkschaften-als-Institutionen» und «Gewerkschaften-als-Bewegung» unterscheiden (Cohen 2006: 4), «union-as-institution, formal, official, comprising bricks and mortar and financial assets, and union-as-movement, the inner, living content of the organization, a volatile mix of interests, demands, resistance, membership mobilization and rank-and-file organizational forms which may differ qualitatively from the «official» variety» (Cohen 2006: 149). Eine genügende Würdigung bisheriger Revitalisierungsbemühungen müsste beide Gesichter der Gewerkschaften, die mit ihnen einhergehenden politischen Strömungsunterschiede und divergierenden (organisations-) politischen Zielsetzungen derjenigen stärker berücksichtigen, die sie initiieren, fördern und betreiben.

Und dennoch, eine wirkliche, strategische und grundsätzliche politische Alternative

ergibt sich aus den bisherigen Revitalisierungsanstrengungen nicht. Welche Bedeutung derartige Neuerungen in der Mitgliederwerbung und Mitgliederpolitik aber für die zukünftige Gewerkschaftspolitik haben werden, bleibt meines Erachtens davon abhängig, in welche Gesamtstrategie sie eingebunden sind. Organizing kann etwa als reine Technik problemlos in das Sozialpartnerschaftsmodell eingebunden werden.

Kritiker haben daher darauf hingewiesen, dass DGB-Gewerkschaften Gefahr laufen, nur noch exklusive Formen der Solidarität zu organisieren und soziale Teilhabe lediglich einem Teil der Lohnabhängigenklasse zu ermöglichen. Im Kern ist dies meines Erachtens auf die Praxis in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung zurückzuführen, Flexibilitätsansprüche der Unternehmen zu akzeptieren und sich – zum Wohl der (noch) vorhandenen Belegschaften – an der Wettbewerbsfähigkeit zu orientieren. Insbesondere die Verbetrieblung der Tarifpolitik bietet hierfür viel Raum. Es mag «gleiches Geld für gleiche Arbeit» gefordert werden, ob die Abschaffung von Leiharbeit tatsächlich anvisiert wird, ist ernsthaft zu bezweifeln. Es mag Betriebsräten ein ehrliches Anliegen sein, sich auch für die Belange von fragmentierten Randbelegschaften (Leiharbeiter oder Werkvertrager) einzusetzen, als Flexibilitätspuffer, der auch die sog. Stammbelegschaft schützt, dürften sie in der Regel akzeptiert werden. Diese Einschätzung wird auch nicht durch den Hinweis auf begrüßenswerte Organizingkampagnen entkräftet, die beispielsweise die interessenpolitische Fragmentierung der Belegschaften zu überwinden suchen, indem entlang der Wertschöpfungskette organisiert wird (siehe hierzu die aktuelle Kampagne der IGM «Arbeit: Sicher und fair für alle», die Werkverträge in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt).

Denn flexible Beschäftigungsverhältnisse lediglich interessenpolitisch gestalten zu wollen (was besser ist, als es nicht zu tun), bedeutet im Kern sie zu akzeptieren. Darüber können auch Tarifverträge nicht hinwegtäuschen, die – wie es der IGM in der letzten Tarifrunde in der Metall- und Elektrobranche gelang – eine stufenweise Angleichung an das Lohnniveau der «Stammbeschäftigten» vorsehen (was besser ist als gar keine Angleichung) (vgl. Hinz/Woschnack 2012). Ähnliches gilt für die sog. Verbetrieblung der Tarifpolitik. Selbstverständlich ist es besser, wenn Tarifabweichungen von Gewerkschaften und Betriebsräten gegenüber dem Management mitgestaltet werden – zumindest dann, wenn die Alternative in einer wilden Dezentralisierung besteht, die vom Management dominiert wird. Es bleibt aber dabei, dass die Tarifnormen, die im Flächenvertrag vorgeesehen werden, in der Regel hinsichtlich der Arbeitszeit und der Lohnhöhe nach unten abgesenkt werden, ob nun wild oder reguliert, um die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Sicherlich, Gewerkschafter agieren aus ganz unterschiedlichen Gründen so. Einige, weil sie tatsächlich an die partnerschaftliche Gleichung glauben, dass es den Beschäftigten gut gehen wird, wenn das Unternehmen floriert; andere, weil sie in der Defensive darauf hoffen, durch Konzessionen zumindest die existierenden Arbeitsplätze zu erhalten und das gegebene Lohnniveau möglichst zu stabilisieren. Im Ergebnis drohen sozialpartnerschaftlich agierende Gewerkschaften so «zu bloßen Vertretungen von Pressuregroups, von Stammbeschäftigten spezifischer Branchen ... zu werden» (Dörre 2011: 287f.). Das bedeutet gerade nicht, dass Mitgliederinteressen grundsätzlich nicht mehr erfolgreich vertreten werden, Gewerkschaften demnach also tatsächlich der Bedeutungslosigkeit entgegenschreiten. Sie werden vertreten, allerdings konservierend

als «Schutzinteressen» von Gruppen, die – durchaus verständlich – Angst vor dem sozialen Abstieg haben. Die Interessenvertretung wird damit – wenngleich von den Akteuren so nicht immer beabsichtigt – deutlich selektiv.

Konkrete utopische Alternativen: Fünf Thesen zur Gewerkschaft als solidarischer Bewegung

Gewerkschaftliche Alternativen lassen sich nicht am Schreibtisch erfinden. Sie können nur das Ergebnis von Experimenten in Betrieben und auf dem Feld der Tarifpolitik (konkreten Erfahrungen und Lernbewegungen) einerseits, und Diskussionen zwischen kritischen Gewerkschaftern andererseits sein. Einige Anregungen lassen sich in der Form von Thesen aus dem bisher Gesagten dennoch entwickeln.

These 1: Eine nachhaltige Erneuerung der Gewerkschaften ist nur möglich, wenn wir Gewerkschaften als autonome Gegenmacht aufbauen. Diese gewerkschaftliche Gegenmacht zielt «auf die selbstbestimmte Kontrolle der Arbeits- und Lebensverhältnisse von Arbeitnehmern gegenüber den Zugriffen des Kapitals auf Arbeitszeit und Arbeitsleistung, und sie äußert sich ökonomisch als Errichtung von Verwertungsschranken für das Kapital ... und politisch als Einschränkung der Direktionsmacht des Kapitals» (Roßmann 2001: 378).

These 2: Wir müssen unsere Organisationsstrategien darauf ausrichten, die Macht ausübung der Beschäftigten in den Betrieben zu stärken. Das sozialpartnerschaftliche Gewerkschaftsmodell basierte zu guten Teilen darauf, dass die Konfliktführung weitestgehend aus den Betrieben heraus auf die überbetriebliche Ebene verlagert wurde. Die defensive Verbetrieblichung der Tarifpolitik kehrt diesen Prozess um. In der gewerkschaftlichen Defensive gehen damit oftmals Ohnmachtserfahrungen einher, weil Auseinandersetzungen verloren werden. Das muss allerdings nicht so sein. Erfolgreiche betriebliche Konflikte können das Bewusstsein für die eigene Macht reifen lassen: «Diese Art von Macht beginnt am Arbeitsplatz oder bei der Arbeit und in der Gewerkschaft vor Ort. Mitgliederbeteiligung, die Rechenschaftspflichtigkeit der Führung und Gewerkschaftsdemokratie sind unverzichtbare Momente einer Macht, die von Millionen von Menschen an einem Platz und auf eine Weise ausgeübt werden kann, die das Kapital beeinflussen. Der gelegentlich Tarifstreik ist wichtig, reicht aber nicht aus. Hände und Verstand der Lohnabhängigen müssen nicht nur die Produktion, die Distribution von Waren und das Gewährleisten von Dienstleistungen zu bestimmten Zeiten unterbrechen, sondern müssen dabei sein, um sie zu jeder Zeit zu kontrollieren. Es ist eine Macht, die Zirkulation des Mehrwerts zu regulieren, der das Lebenselixier des Kapitals ist ... Starke und lebendige Organisationsstrukturen im Betrieb und am Arbeitsplatz sind das wichtigste Prinzip der Erneuerung gewerkschaftlicher Organisation.» (Moody 2007: 234f.) In diesem Zusammenhang können Organizingprojekte und andere Revitalisierungsansätze eine wichtige Rolle spielen, die darauf ausgerichtet sind, die Selbsttätigkeit und Durchsetzungsmacht der Lohnabhängigen systematisch zu fördern und zu stärken.

These 3: Eine solche Strategie macht mehr oder weniger direkt die Kontrolle über den Arbeitsprozess, die Steuerung des Unternehmens und – in einer weiteren Perspektive – die Demokratisierung der Wirtschaft zum Thema. Ohne sie dürften sich Alternativen zur

Sozialpartnerschaft und zur «intermediären Funktion» der Gewerkschaften kaum realisieren lassen (Bierbaum 2013: 12f.). Betriebliche Demokratisierung führt zur «Verschiebung der Macht und der Verantwortung im einzelnen Betrieb vom privaten Eigentümer auf die organisierte Gemeinschaft aller Arbeitnehmer des Betriebes» (Anker-Ording 1971: 13). Diese Form der Demokratie wäre am einzelnen Arbeitsplatz zu verwurzeln, würde aber die gesamte Leitung des Betriebes und des Unternehmens in die Hände der Belegschaft legen – nicht in Form der Mitbestimmung einiger weniger Repräsentanten der Belegschaft am Tische der Privatbesitzer, sondern durch demokratische Institutionen, die der Gesamtbelegschaft Kontroll- und Planungstätigkeiten und derart die Ausübung wirklicher Macht erlauben (vgl. Anker-Ording 1971: 14–17).⁵

Angesichts der ungünstigen Kräfteverhältnisse und der Schwäche insbesondere der Gewerkschaftslinken mag ein derartiges radikales Reformprojekt zunächst abwegig klingen. In zentralen Bereichen der Industrieproduktion und der Dienstleistungsarbeit werden durch die Subjektivierung der Arbeit (die dem Einzelnen mehr kreative Verantwortung im Arbeitsprozess auferlegt) und durch mittlerweile nicht mehr ganz so neue Formen der Arbeitsorganisation wie Gruppenarbeit (die die Kontrolle des und die Verantwortung für das Gelingen des Arbeitsprozesses in die Hand einer Gruppe von Beschäftigten selbst legt) allerdings Voraussetzungen geschaffen, die eine Demokratisierung von unten möglich machen. Das gilt auch dann, wenn die in den Unternehmen üblichen Formen der subjektivierten Arbeit und Gruppenarbeit nur eine restriktive Eigenorganisation möglich machen – denn die Rahmenbedingungen und Zielvorgaben werden weiterhin vom Kapital gesetzt.

Zweitens gilt natürlich, dass Gewerkschaftspolitik als konsequente Gegenmacht die Verfügungsgewalt des unternehmerischen Einzelkapitals ebenso herausfordert, wie perspektivisch die des Gesamtkapitals. Wenn Gewerkschaften die Interessen der Lohnabhängigen also unabhängig von den Unternehmensinteressen vertreten wollen, wirft dies relativ schnell die Frage nach nicht-gewinnorientiertem Wirtschaften und alternativen Formen der Unternehmens- und Wirtschaftssteuerung auf. Eine alternative Gewerkschaftspolitik muss daher schon in Zeiten der Defensive über Perspektiven einer demokratischen Lenkung der Unternehmen und der demokratischen Vergesellschaftung der Wirtschaft führen.

These 4: Es ist grundlegend, den Aufbau von Macht, die direkt in den Händen der Beschäftigten liegt, mit einer gewerkschaftlichen Strategie zu kombinieren, die darauf abzielt, umfassende Klassenolidarität zu schaffen und die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen zu verändern. Das bedeutet, eine gesellschaftsverändernde – transformative – und inklusiv-solidarische Organisierungspolitik zu entwickeln. Transformatives Organisieren «stellt jede Kampagne in den Kontext des zugrunde liegenden Systems von Ausbeutung und Unterdrückung ... Transformatives Organizing zeichnet sich durch seine explizite Absicht aus, sowohl das System als auch die Menschen zu verändern, die sich in den Kampagnen engagieren, um so echte Emanzipation für alle zu erlangen.» (Williams 2013: 4.) Die Orientierung an einer umfassenden Solidarität aller Lohnabhängigen ist nichts, was der Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich bereits eigen ist, sondern ein politisches Programm, für das wir eintreten und streiten müssen. In diesem Sinne müssen wir Gewerkschaften als Teil einer breiteren Klassenbewegung der Lohnabhängigen

gen denken und unser gewerkschaftliches Handeln dementsprechend ausrichten. Das bedeutet zum einen Gewerkschaftspolitik in einer Allgemeinwohlperspektive zu entwickeln, die nicht nur solchen in Lohn und Brot stehenden Beschäftigten nützt, die über vergleichsweise gute Löhne und sichere Arbeitsverträge verfügen, sondern auch den Erwerbslosen, den prekär Beschäftigten und den Schwächsten der Gesellschaft. Elementar ist dafür eine Orientierung auf Bündnisse mit anderen Initiativen und Organisationen von Lohnabhängigen, beispielsweise Erwerbslosenorganisationen oder Mieterinitiativen. Aber auch im gewerkschaftlichen Kerngeschäft, der Tarifpolitik, ist es möglich, eine Klassenperspektive zu entwickeln bzw. die gewerkschaftlichen Interessen mit breiteren Klasseninteressen zu harmonisieren, wie Kim Moody anhand der kanadischen Automobilarbeitergewerkschaft (Canadian Auto Workers – CAW) beispielhaft erläutert: «Ein gutes Beispiel dafür, Tarifforderungen in einen weiteren sozialen Zusammenhang zu stellen, gaben die Canadian Auto Workers mit ihren Tarifforderungen von 1996 für die wichtigsten Autokonzerne. Anders als die United Auto Workers in den USA im selben Jahr haben die CAW ein aggressives Verhandlungsprogramm vertreten, das auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie und im Land setzte. Kürzere Arbeitszeiten, die Beschränkung von Outsourcing und garantierte Arbeitsplatzquoten für die einzelnen Gemeinden, in denen die einzelnen Fabriken angesiedelt waren, waren das Herz des Programms. Mit einem Verhandlungsprogramm, das darauf abzielte, Beschäftigung zu schützen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in den betroffenen Gemeinden zu schaffen, war es einfach, Unterstützung in der Arbeiterklasse der Region zu finden.» (Moody 1997: 60f.) Exemplarisch zeigt dies, wie auch Tarifpolitik so gestaltet werden kann, dass sie nicht nur den bereits oder noch Beschäftigten, sondern der Lohnabhängigenklasse im weiteren Sinne nützen kann.

These 5: Eine wirkliche Wiederbelebung gegenmachtfähiger Gewerkschaften hängt davon ab, ob Lohnabhängige in den Betrieben und an der gewerkschaftlichen Basis selbst interessenpolitisch aktiv werden (das ist der positive Aspekt, der mit der Organizingdebatte verbunden ist). Gewerkschaftliche Bildungsarbeit wäre in diesem Zusammenhang ein zentrales Moment der strategischen Neuausrichtung. Neue Formen der betriebsnahen Bildungsarbeit, die darauf zielen, das Selbstbewusstsein, die Selbstaufklärung und die interessenpolitische Selbsttätigkeit der abhängig Beschäftigten zu fördern, wären zu erproben und zu entwickeln. Auch dieser alte Vorschlag bleibt aktuell⁶: «Die betriebsnahe Bildungsarbeit hat die Aufgabe, «die Vermittlung herzustellen zwischen den Auseinandersetzungen und Konflikten um die Verbesserung der Verhältnisse im Betrieb und der Notwendigkeit des Kampfes um die Zentralen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Macht ... Sie ist insofern politische Bildungsarbeit, als sie den betrieblichen Funktionären, ausgehend von deren eigenen Problemen und Erfahrungen, ein Bewusstsein von den gesellschaftlichen Zusammenhängen ihres Handelns vermittelt und Verfahren zur Lösung dieser Probleme diskutiert...» (Schmidt 1975: 180). Ihren Ausgangspunkt nimmt betriebsnahe Bildungsarbeit von den konkreten betrieblichen (Konflikt-)Erfahrungen, bei denen sie aber nicht stehenbleibt. Nicht eine technische Schulung (wie z. B. des Betriebsverfassungsgesetzes oder des Tarifrechts, die zweifelsohne wichtig sind), sondern die Vermittlung «soziologischer Phantasie» ist primäres Ziel einer derartigen Bildungsarbeit – nicht die Vermittlung des für wahr gehaltenen Wissens (z. B. der

keynesianischen oder marxistischen Weltanschauung), sondern die politische Mündigkeit und Selbsttätigkeit stünde im Zentrum dieser Bildungsarbeit.

Anmerkungen

1. Einen ausführlichen Überblick über die deutsche Forschung, die sich mit der Revitalisierung der Gewerkschaften beschäftigt, bietet der jüngst erschienene Sammelband *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven* (Schmalz/Dörre 2013).

2. Für eine positivere Bewertung siehe Thomas Haipeters Artikel «Zukunft der Sozialpartnerschaft» (vgl. Haipeter 2013), in dem u. a. die Bedeutung des sog. Krisenkorporatismus für eine Renaissance des Sozialpartnerschaftsdenkens dargestellt wird.

3. Sozialpolitik wirkt sich indirekt auf die Machtbeziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital aus (vgl. Esping-Andersen 1990 16; Borchert/Lessenich 2012: 292; Offe 1984: 328f.): Je stärker beispielsweise durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Warencharakter der Arbeitskraft abgefedert wird, desto kleiner ist der Druck, «Erwerbsarbeit» um jeden Preis anzunehmen. Dadurch wird die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen gemildert und ihre Abhängigkeit von den Unternehmen verringert. Dies wiederum hat indirekt auch Einfluss auf die tarifpolitische und betriebliche Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten und Gewerkschaften.

4. Laut Wolfgang Müller haben Produktionsverlagerungen bisher zwar keinen großen Einfluss auf deutschen Arbeitsmarkt – Deutschland sei in dieser Hinsicht eher ein Gewinner der Globalisierung; dies liege aber an der starken Exportkraft und damit an der globalen Wettbewerbsfähigkeit, die durch Senkung der direkten (Lohn) und indirekten (sog. Lohnnebenkosten) Arbeitskosten erreicht wurde (Müller 2006: 9f.)

5. Siehe zu dieser älteren Debatte auch Eberhard Schmidt in «Ordnungsfaktor oder Gegenmacht» (vgl. Schmidt 1975: 187ff.).

6. Zur Diskussion und – beinahe klandestinen – Politik der «betriebsnahen Gewerkschaftspolitik» siehe auch den historischen Rückblick, den Klaus Peter Wittemann in «Ford-Aktion» gibt (vgl. Wittemann 1994).

Literatur

Anker-Ording, Aake (1971): Betriebsdemokratie. Gesellschaftlicher Fortschritt durch Mitbestimmung. Frankfurt a. M.

Artus, Ingrid (2008): Prekäre Vergemeinschaftung und verrückte Kämpfe. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 1: 27–49.

Bergmann, Joachim/Otto Jacobi/Walther Müller-Jentsch (1975): Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen. Frankfurt a. M.

Bierbaum, Heinz (2013): Eingebunden. Jenseits des Krisenkorporatismus. In: Luxemburg 1: 6–14.

Birke, Peter (2013): Dezentrale Streiks als Krisenproteste. In: Luxemburg 1: 14–20.

Bispinck, Reinhard, Thorsten Schulten (2005): Deutschland vor dem tarifpolitischen Systemwechsel? In: WSI-Mitteilungen 8: 466–472.

Bispinck, Reinhard/Thorsten Schulten (2008): Das Konzept der expansiven Lohnpolitik – eine kritische Würdigung aus heutiger Sicht. In: R. Bispinck et al. (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Hamburg. S. 48–66.

Candeias, Mario/Bernd Röttger (2009): Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften: 894-905.

Cohen, Sheila (2006): Ramparts of Resistance. London/Ann Arbor.

Deutschmann, Christoph (2002): Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten. Frankfurt a. M.

- Dietenberger, Manfred (2013): Wenig solidarisch und in Konkurrenz miteinander. Der Bedeutungsverlust der deutschen Gewerkschaften. In: *Emanzipation* 5: 5–12.
- Doering-Manteuffel, Anselm/Lutz Raphael (2010): Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen.
- Dörre, Klaus (2012): Gewerkschaftliche Erneuerung: Aus der Krise zu neuer Stärke? In: *Emanzipation* 4: 7–23.
- Dörre, Klaus (2011): Funktionswandel der Gewerkschaften. Von der intermediären zur fraktalen Organisation. In: T. Haipeter/K. Dörre (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*. Wiesbaden. S. 267–302.
- Esser, Josef (1982): *Gewerkschaften in der Krise*. Frankfurt a. M.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton.
- Guérin, Daniel (1970): *Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867–1967*. Frankfurt a. M.
- Haipeter, Thomas (2011): Einleitung. Interessenvertretungen, Krise und Modernisierung – über alte und neue Leitbilder. In: T. Haipeter/K. Dörre (Hrsg.): *Gewerkschaftliche Modernisierung*. Wiesbaden. S. 7–31.
- Haipeter, Thomas (2013): Perspektiven der Sozialpartnerschaft. In: S. Schmalz/K. Dörre (Hrsg.): *Comeback der Gewerkschaften?* Frankfurt a. M. S. 115–131.
- Hinz, Sarah/Daniela Woschnack (2012): Tarifrunde 2012 – Mehr als nur ein kurzer Moment der Revitalisierung für die IG Metall? In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 92: 70–81.
- Hirsch, Joachim/Roland Roth (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus*. Hamburg.
- Kalina, Thorsten/Claudia Weinkopf (2013): *Niedriglohnbeschäftigung 2011. IAQ-Report*. Duisburg.
- Kempe, Martin (2010): *Ermutigungen für den aufrechten Gang im Betrieb*. Münster.
- Korpi, Walter (1978): *The Working Class in Welfare Capitalism*. London.
- Moody, Kim (1997): Towards an International Social Movement Unionism. In: *New Left Review* 225: 52–73.
- Moody, Kim (2007): *US Labor in Trouble and Transition. The Failure of Reform from Above, the Promise of Revival from Below*. London.
- Müller, Wolfgang (2006): *Job-Export. isw-report 68*. München.
- Neuner, Monika (2013): Bedingungsgebundene Tarifarbeit. Ein erfolgreicher Weg der Erneuerung? In: S. Schmalz/K. Dörre (Hrsg.): *Comeback der Gewerkschaften?* Frankfurt a. M. S. 213–225.
- Offe, Claus (1984): Zu einigen Widersprüchen des modernen Sozialstaates. In: Ders. (Hrsg.): *«Arbeitsgesellschaft»: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*. Frankfurt a. M. S. 323–339.
- Pelizzari, Alessandro (2009): *Dynamiken der Prekarisierung. Atypische Erwerbsverhältnisse und milieuspezifische Unsicherheitsbewältigung*. Konstanz.
- Rhein, Thomas (2013): *Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich. IAB-Kurzbericht*. Nürnberg.
- Röttger, Bernd (2008): Die Neoliberalisierung des «Rheinischen Kapitalismus». In: C. Butterwegge et al. (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*. Wiesbaden. S. 90–111.
- Roßmann, Witich (2001): Gewerkschaften im marktwirtschaftlichen Auflösungsprozess? Perspektiven der industriellen Beziehungen. In: H.-J. Bieling et al. (Hrsg.): *Flexibler Kapitalismus. Analysen, Kritik, Politische Praxis*. Hamburg. S. 375–396.
- Sauer, Dieter (2005): *Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen*. Hamburg.
- Schmalz, Stefan/Klaus Dörre (Hrsg.) (2013): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt a. M.
- Schmalz, Stefan et al. (2013): IG Metall mit Rückenwind. Zum wachsenden Engagement der Beschäftigten. In: S. Schmalz/K. Dörre (Hrsg.): *Comeback der Gewerkschaften?* Frankfurt a. M. S. 255–272.
- Schmidt, Eberhard (1975): *Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften*. Frankfurt a. M.
- Schmidt, Manfred G. (1998): *Sozialpolitik in Deutschland*. Opladen.

Schneider, Michael (2000): Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn.

Schulten, Thorsten (2001): Solidarische Lohnpolitik in Europa. WSI-Diskussionspapier 92. Düsseldorf.

Schulten, Thorsten (2013): Europäischer Tarifbericht des WSI, 2012/2013. In: WSI-Mitteilungen 8: 588–598.

Uellenberg-van Dawen, Wolfgang (2013): Gute Arbeit in den Dienstleistungen – Interessen, Macht, Beteiligung. In: S. Schmalz/K. Dörre (Hrsg.): Comeback der Gewerkschaften? Frankfurt a. M. S. 397–407.

Williams, Steve (2013): Fordert alles. Lehren aus dem Transformativen Organizing. New York.

Wittemann, Klaus Peter (1994): Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriesoziologie und IG Metall in den sechziger Jahren. Marburg.

Wolf, Winfried (2009): Sieben Krisen – ein Crash. Wien.

ANZEIGE



UNRAST – Neuerscheinung

Daniel Mullis

Recht auf die Stadt

Von Selbstverwaltung
und radikaler Demokratie

erscheint März 2014

ca. 200 Seiten | ca. 14 Euro

ISBN 978-3-89771-544-8

Die sozialen Revolven der letzten drei Jahre von Kairo über Athen und New York bis nach Istanbul sowie die zunehmenden Auseinandersetzungen um Wohnraum, Freiräume und Gestaltungsrechte in vielen Städten, haben weltweit – erneut – den Ruf nach einem Recht auf die Stadt laut werden lassen. Dabei wird oftmals explizit auf den französischen Marxisten, Stadtforscher und Philosophen Henri Lefebvre Bezug genommen. Doch Recht auf die Stadt ist bei Lefebvre weit mehr als der Kampf um die aktuelle Stadt! Was steht hinter dieser 1968 ausgerufenen Parole, wie ist sie in Lefebvres Ideen zu Stadt und Raum eingebunden und welche emanzipatorischen Perspektiven bieten seine Konzepte heute? Diesen Fragen wird ausgehend von der Konfrontation Lefebvres mit dem Ansatz der radikalen Demokratie nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe nachgegangen, um daraus Antworten für ein aktivistisches und praxisorientiertes Recht auf die Stadt zu gewinnen.

UNRAST Verlag Postfach 8020 | 48043 Münster
Tel (0251) 666293 | info@unrast-verlag.de | www.unrast-verlag.de

